

Jahresbericht 2009

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Vorwort

BDI-Präsident Hans-Peter Keitel und BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf

Das Jahr 2009 stellt die deutsche Industrie vor besondere Herausforderungen. Der Rückgang der weltweiten Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen belastet die deutsche Wirtschaft schwer. Auch die Finanzierungskonditionen für Unternehmen haben sich verschärft.

Der Staat wird diese Situation nicht alleine meistern können. Gemeinsam mit der Wirtschaft muss er Vertrauen schaffen, um langfristig private Investitionen zu ermöglichen. Die gegenwärtige Situation erfordert von allen Entscheidungsträgern politische Energie, Weitsicht und Entschlossenheit.

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie hilfreich wirtschaftliches Wachstum ist: Zusätzliche Arbeitsplätze wurden geschaffen, die sozialen Sicherungssysteme konnten stabilisiert werden, notwendige Investitionen in die Zukunft ließen sich leichter finanzieren. Trotzdem blieb das Potenzialwachstum zu gering – der Wachstumspfad könnte höher sein.

Die Politik darf jetzt nicht stehen bleiben. Im Wahljahr 2009 steht Deutschland an einem Scheideweg. Neue Belastungen vermeiden, Vorrang für Zukunftsausgaben sichern, Rahmenbedingungen für Unternehmen und Leistungsträger verbessern: Nur so kann Deutschland rasch einen neuen Aufschwung einleiten.

Die Industrie und die industrienahen Dienstleister sind das Fundament, auf dem die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Landes beruht – mit Ideen und Erfindergeist, Innovation und Dynamik, mit echten Werten. Dieses Fundament müssen wir festigen. Unsere Unternehmen sind gut aufgestellt. Wir haben hervorragend ausgebildete Mitarbeiter. Wir bieten innovative Produkte und Dienstleistungen an. Das macht uns zuversichtlich, dass die Unternehmen in Deutschland aus der Rezession gestärkt hervorgehen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie und seine Mitglieder leisten dazu auch im Jahr 2009 ihren Beitrag.



Hans-Peter Keitel
BDI-Präsident



Werner Schnappauf
BDI-Hauptgeschäftsführer
und Mitglied des BDI-Präsidiums

Inhaltsverzeichnis

BDI 2009

03	Vorwort BDI-Präsident Hans-Peter Keitel und BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf	24	Kompetenzfelder 13 wichtige Querschnittsthemen des BDI
06	BDI-Präsident Hans-Peter Keitel: »Wer auf dem Markt bleiben will, muss sich ändern«	24	Mittelstand und Familienunternehmen Über 100 000 Industriebetriebe sind Mittelständler
08	60 Jahre BDI Für die soziale Marktwirtschaft	25	Konjunktur, Standort und Wettbewerb Bessere Rahmenbedingungen für mehr Wachstum
13	Innovationen Für mehr Wachstum und Arbeitsplätze	25	Globalisierung, Märkte und Handel Internationale Zusammenarbeit ausbauen
15	EU-Emissionshandel Lasten für deutsche Wirtschaft	26	Europa und Brüssel Für eine wettbewerbsfähige Industrie in Europa
17	Erbschaftsteuerreform Auf der Tagesordnung	26	Klima und Umwelt Klimaschutz mit mehr Augenmaß
19	Infrastrukturpolitik Wachstumsmotor für Deutschland	27	Energie und Rohstoffe Versorgungssicherheit ist strategische Zukunftsaufgabe
21	Bürokratieabbau Gut für Deutschland und Europa	27	Infrastruktur und Logistik Mobilität sichert Wohlstand in Deutschland
		28	Forschung, Technik und Innovation Innovationen für mehr Wachstum und Beschäftigung
		28	Information und Telekommunikation Breitbandausbau und IKT-Anwendungen stärken
		29	Recht und Öffentliches Auftragswesen Wirtschaftliche Dynamik braucht guten rechtlichen Rahmen
		29	Sicherheit und Verteidigung Deutsche Wehrtechnik europäisch positionieren
		30	Steuern und Finanzpolitik Entlastung für alle Unternehmen
		30	Gesellschaft, Verantwortung und Verbraucher Wirtschaft übernimmt Verantwortung

31 Veranstaltungen

BDI-Tag der Deutschen Industrie, Parlamentarischer Abend und festlicher Abend der deutschen Industrie

Der BDI-Jahresbericht 2009 informiert die Mitgliedsverbände, Unternehmen, Politiker, Journalisten und die interessierte Öffentlichkeit über Inhalte, Ziele und Fortschritte der Tätigkeit des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Ansprechpartner und Kontakte

34 Mitgliedsverbände

38 Präsidium

40 Ausschüsse

41 Regionalinitiativen

42 Landesvertretungen

44 Partner

Seit 60 Jahren setzt sich der BDI für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen in Deutschland ein. 1949 wurde er von 32 Wirtschaftsverbänden gegründet. Fritz Berg, der Alleininhaber eines metallverarbeitenden Unternehmens, war der erste Präsident, elf weitere folgten.

Hans-Peter Keitel ist seit Jahreswechsel BDI-Präsident. Er hat in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten das Amt übernommen. Sein Motto ist: »Wer auf dem Markt bleiben will, muss sich ändern.« Die Globalisierung ist gestaltbar. Wer die Herausforderungen des Weltmarktes als Chance begreift, kann Unternehmen krisensicher machen.

Der BDI engagiert sich in verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Diese Themengebiete werden anhand der 13 Kompetenzfelder dargestellt.

Die Mitgliedsverbände des BDI, sein Präsidium, die Ausschüsse, Regionalinitiativen, Landesvertretungen und Partner unterstützen die Tätigkeit des Verbandes durch ihre engagierte Mitarbeit. Die Adressen und Kontaktdaten finden sich auf den letzten Seiten des BDI-Jahresberichts.

45 BDI interaktiv

Die Helpdesks des BDI sind ein Service für Mitgliedsverbände und Unternehmen.

46 WIR.

Die BDI-Mannschaft

48 Impressum

The 2009 Annual Report is also available in English:
www.bdi.eu/publications

BDI-Präsident Hans-Peter Keitel:

»Wer auf dem Markt bleiben will, muss sich ändern«

Hans-Peter Keitel hat in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten das Amt des BDI-Präsidenten übernommen. Er wehrt sich gegen übertriebene Schwarzmalerei. Keitel betont aber auch, dass Deutschland die heutige Krise als Chance begreifen müsse. »Deutschland muss aus der Krise seine Lehren ziehen, um daraus gestärkt hervor zu gehen.«

Gerade in diesen Zeiten ist das Amt des BDI-Präsidenten nicht nur eine große Ehre, sondern vor allem eine große Verpflichtung. Und es bietet zugleich auch eine große Chance, nämlich zu zeigen, dass die deutsche Wirtschaft viel mehr kann und viel besser ist, als es wohlfeile Schlagzeilen über Banker und Manager Glauben machen. Die deutsche Wirtschaft schafft echte Werte – auch und gerade in den vor uns liegenden schwierigen Jahren. Die Antwort auf die Krise kann nur sein, dass wir ehrlich miteinander umgehen. Um es mit Alfred Herrhausen zu formulieren: »Sagen, was wir denken, und tun, was wir sagen.«

Bei diesem gemeinsamen Grundverständnis geht es in erster Linie um Inhalte, aber auch um die Art und Weise des Miteinanders. Grundsatzfragen und Stilfragen sind wohl kaum zu trennen. Gestatten Sie mir daher einige Worte in eigener Sache. Was können Verbände, Unternehmen und Öffentlichkeit, was können Sie von mir erwarten? Nach gut drei Jahrzehnten unternehmerischer Verantwortung, davon mehr als 15 Jahren an der Spitze von Hochtief, möchte ich in einigen wenigen Punkten darlegen, wofür ich stehe.

BDI ist Dienstleister seiner Mitglieder

Ich stehe für einen kritischen Dialog. Das bedeutet für mich, gut zuzuhören, offen zu sein für konstruktive Kritik und die Argumente anderer, dann sorgfältig abzuwägen. Es heißt aber auch, mir eine eigene Meinung zu bilden und für die dann selbstverständlich einzutreten. Ich habe mich immer bemüht, Klartext zu reden. Das will ich auch weiterhin tun, im Umgang mit der Politik, im Auftreten in der Öffentlichkeit, auch, wenn es sein muss, im Gespräch mit der eigenen Zunft. Denn der BDI ist mehr als ein Vermittlungsausschuss oder ein Verstärker von Einzelinteressen.

Natürlich ist der BDI in erster Linie Dienstleister und Sachwalter seiner Mitgliedsverbände und ihrer 100 000 Mitgliedsunternehmen. Aber ich bin überzeugt: Er handelt nur dann wirklich in ihrem Interesse, wenn er aus den vielen individuellen – und manchmal auch gegenteiligen – Po-

Lebenslauf

Hans-Peter Keitel, geboren 1947, übernahm nach dem Studium des Bauingenieurwesens sowie der Arbeits- und Wirtschaftswissenschaften für Lahmeyer International, Frankfurt, führende Aufgaben der Ingenieurberatung im In- und Ausland. Nach zwölfjähriger Tätigkeit wechselte er 1988 zur HOCHTIEF AG nach Essen. 1990 wurde er in den Vorstand der Gesellschaft berufen, 1992 zu dessen Vorsitzenden und als Mitglied des Vorstands der RWE AG bestellt. Nach mehr als 15 Jahren an der Spitze des größten deutschen Bauunternehmens wechselte er 2007 in den Aufsichtsrat. Keitel war von 2005 bis 2008 BDI-Vizepräsident. Er nimmt eine Reihe ehrenamtlicher Aufgaben wahr, unter anderem als Honorarprofessor der TU Berlin sowie als Präsident des Stiftungsrats der Stiftung Wissenschaft und Politik.

sitionen einen Standpunkt für das Ganze formuliert und offensiv vertritt.

Ich stehe für Sachlichkeit. Ideologie liegt mir nicht. Als Ingenieur bin ich analytisches Denken gewohnt, braucht man die Fähigkeit, praxisorientiert zu arbeiten, um Visionen Wirklichkeit werden zu lassen. Das ist wahrlich keine schlechte Schule: Die werde ich gerne einbringen in meine Arbeit beim BDI. Und es ist keineswegs die Position eines Technokraten. Sachverstand allein reicht nicht.

Ich stehe für Werte. Da habe ich keine Scheu, mich zu alten Werten zu bekennen und ein Wort wie »Anstand« in den Mund zu nehmen. Die Werte des Anstands gehören genauso zu unserem Leben, auch zu unserem Wirtschaftsleben, wie das Gesetzbuch. Auf dem Bau habe ich gelernt, dass ein Handschlag gilt. Das hat mich geprägt.

Ich stehe für unsere soziale Marktwirtschaft als Wertegemeinschaft. Ich trete ein für eine Ordnung, in der das Erwirtschaften vor dem Verteilen steht. Eine Ordnung, die darauf basiert, dass der Nutzen für den Einzelnen dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen dient.



»Ich stehe für Globalisierung und Wandel.« Hans-Peter Keitel, Foto: BDI/Kruppa

Globalisierung ist gestaltbar

Ich stehe für Globalisierung und Wandel. In meiner Zeit als Chef von Hochtief wurde das Unternehmen vom rein deutschen Baukonzern zu einem internationalen Bau-dienstleister umgebaut und so krisenfest gemacht: Wir haben uns im Ausland engagiert, wir haben neue Felder erschlossen – wie den Bau und den Betrieb von Flughäfen – und sind nicht trotzdem, sondern deswegen Marktführer geblieben. Tolstoi hat einmal bemerkt, alle wollten die Welt ändern, aber niemand sich selbst. Das ist menschlich verständlich, aber wirtschaftlich verkehrt.

Meine Lehre aus gut 35 Jahren Berufserfahrung lautet: Wer auf dem Markt bleiben will, muss sich ändern. Und er muss sich der Spielregeln des internationalen Wettbewerbs bewusst sein. Dann ist Globalisierung nicht Schicksal, sondern gestaltbar. Dafür müssen wir, dafür werde ich verstärkt werben. Ein Deutschland, das den Titel Exportweltmeister weiter tragen will, kann es sich nicht leisten, dass nur ein gutes Fünftel seiner Menschen glaubt, wir gehörten zu den Gewinnern der Globalisierung. Hier liegt noch viel Überzeugungsarbeit vor uns.

Die Spielregeln der globalen Wirtschaft stehen – auch das müssen wir bedenken – nicht immer und überall mit unseren Vorstellungen von Recht und Gesetz in Einklang. Im Auslandsgeschäft habe ich gelernt: Moral ist nichts Theoretisches, sondern eine konkrete tägliche Auseinandersetzung mit der Diskrepanz zwischen postulierten und gelebten Werten. Hochtief war nicht umsonst eines der ersten Unternehmen, das mit Unterstützung durch Transparency International ein umfassendes System zur Korruptionsprävention implementiert hat. Es gehört seit vielen Jahren zum Unternehmensalltag und war Vorbild für eine ganze Reihe anderer Betriebe.

Soziale Marktwirtschaft ist Leitlinie des BDI

Die soziale Marktwirtschaft war und ist Leitlinie für alle Präsidenten des BDI. Sie haben sie leidenschaftlich verteidigt. Und das werde ich auch tun. Dabei werde ich mich weder vor den Karren einer Partei spannen lassen noch Konflikte im wohlverstandenen Interesse der deutschen Industrie scheuen. Ich werde diese Konflikte allerdings nicht mutwillig suchen. Der BDI, so wie ich ihn verstehe, muss und wird auch in Zukunft sauber erarbeitete eigene Positionen beziehen. Positionen, die auf dem Fundament der Mitglieder aufbauen und ein Dach spannen.

Wenn die Balance zwischen Markt und Staat stimmt und die Eliten nicht nur aus Wirtschaft und Politik wieder Werte vorleben, dann braucht uns um die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft nicht bange zu sein. Der BDI, als Stimme der deutschen Industrie, als Stimme der wirtschaftlichen Vernunft, engagiert sich in der Wertedebatte, um das Fundament zu festigen, auf dem wir stehen. Daran will ich gerne mitwirken. Dafür hoffe ich, viele Mitstreiter zu gewinnen.

Unter den Charaktereigenschaften der Deutschen ist der Optimismus sicher nicht die hervorstechendste: Wir können uns ganz gut in einer Krise einrichten. Allerdings haben wir in der Geschichte gezeigt, dass wir in der Lage sind, große Herausforderungen zu meistern. Wir stehen gewiss vor großen Problemen. Aber sie sind überwindbar. Und gemessen an den großen Herausforderungen unserer jüngsten Geschichte ist das Anlass zur Zuversicht.

60 Jahre für die soziale Marktwirtschaft

Fünf Monate nach der Geburt der Bundesrepublik gründete sich Deutschlands wichtigster Spitzenverband. Seither gestaltet der BDI die deutsche Wirtschaftspolitik aktiv mit. Die prominenten Gesichter der deutschen Industrie sind seine mittlerweile zwölf Präsidenten – von Gründungschef Fritz Berg bis zu Hans-Peter Keitel.

Am 19. Oktober 1949, eine Woche nach der Gründung des DGB in München, bildeten Vertreter von 32 Wirtschaftsverbänden und Arbeitsgemeinschaften im Hotel Excelsior in Köln den »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände«. Der Name berücksichtigte die Bedenken der Alliierten gegen einen permanenten industriellen Spitzenverband. Erst mit der für den Herbst 1949 geplanten Gründung des DGB erkannten die Alliierten auch die Notwendigkeit einer Spitzenvertretung der Unternehmer an. Am 1. Juli 1949 erklärten sich die Vertreter der Militärregierung bereit, die Satzung einer solchen Spitzenvertretung entgegenzunehmen. Vorbild war der »Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte.

Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«. Zum ersten Präsidenten wählten die anwesenden Unternehmer Fritz Berg. Mit Berg trat ein mittelständischer Unternehmer der metallverarbeitenden Industrie an die Spitze des BDI. Berg prägte organisatorische Entwicklung und wirtschaftspolitischen Einfluss des BDI mehr als zwei Dekaden entscheidend. Der erste BDI-Präsident wurde 1901 in Altena als Sohn einer westfälischen eisenverarbeitenden Unternehmerfamilie geboren. Nach seinem Studium der Volkswirtschaft lebte er von 1925 bis 1928 in den USA und in Kanada. Die zu dieser Zeit geknüpften persönlichen Kontakte sollten für sein späteres Wirken als BDI-Präsident von großer Bedeutung werden. Zurück in Deutschland startete Berg 1928 als Prokurist im elterlichen Unternehmen Wilh. Berg, dessen Alleininhaber er 1940 wurde.

Der BDI der Ära Berg (1949 bis 1971)

Die Zeit der Präsidentschaft von Berg prägten drei große Themen: die Positionierung des BDI im öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskurs, der Auf- und Ausbau der deutschen Verbandslandschaft sowie internationale die Integration der westdeutschen Wirtschaft in den europäischen Wirtschaftsraum und die transatlantische Part-

nerschaft. Bei der Gründung waren der Präsident des ersten Deutschen Bundestages, der Vizekanzler und vier Bundesminister anwesend. Im Januar 1950 besprach sich Bundeskanzler Konrad Adenauer erstmals mit dem BDI-Präsidenten – der Anfang einer Vielzahl persönlicher Gespräche zwischen Adenauer und Berg.

Bis zur ersten Mitgliederversammlung im März 1950 gab es im BDI bereits acht Ausschüsse, darunter die Gremien für Außenhandels- und für Steuerpolitik. Bis Jahresende kamen weitere fünf Ausschüsse hinzu. Die Zahl der Mitgliedsverbände stieg von 32 auf 34. Eine eigene Adresse war schnell gefunden: Im Januar 1950 bezogen Hauptgeschäftsführer Wilhelm Beutler, sein Stellvertreter, sieben Referatsleiter, zwei Referenten und ein Büroleiter die Geschäftsstelle am Kaiser-Wilhelm-Ring in Köln.

1947 litten die Empfängerländer des Marshallplans an einem erheblichen Mangel an Dollar. Dies war 1949, noch vor der Gründung des BDI, Anlass, in New York das German-American-Promotion-Office zu errichten. Es wurde später eine Auslandsvertretung des BDI. Der Marshallplan war der erste Anknüpfungspunkt für Bergs intensive Bemühungen um eine starke transatlantische Partnerschaft und die Gründung eines europäischen Spitzenverbandes. Dieser wurde ebenfalls 1949 errichtet. Im Zuge des Marshallplans wurde im Dezember 1951 zu einem Internationalen Industrie-Kongress nach New York eingeladen. Dieser Kongress hinterließ bei vielen deutschen Unternehmern das Gefühl, wieder vollwertige Mitglieder der internationalen Wirtschaftswelt zu sein.



Am Ende der Präsidentschaft Bergs war der BDI ein deutlich vernehmbares Sprachrohr der deutschen Industrie zu allen wirtschaftspolitischen Themen. Die deutsche Wirtschaft war fest in den europäischen Integrationsprozess einbezogen, die transatlantische Partnerschaft gefestigt. Bergs letzte Amtszeit endete 1971.

Die Zeit der sozialliberalen Koalition (1972 bis 1982)

Nachfolger Fritz Bergs wurde auf der Mitgliederversammlung Bergsessor a. D. Hans-Günter Sohl, Vorstandsvorsitzender der August-Thyssen-Hütte AG. Sohl, 1906 in Danzig geboren, übernahm Ende der 40er Jahre die Leitung der August-Thyssen-Hütte (ATH) in Duisburg. Nach mehreren Fusionen stieg ATH 1973 zum größten Stahltrust Europas auf. 1977 benannte sich der Konzern in Thyssen AG um. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie geriet durch die Ölkrise stark unter Druck. Die Arbeitslosenzahl stieg stark und lag 1975 bis 1977 über der Millionengrenze – viermal höher als noch 1972. In dieser schwierigen Zeit kritisierte Sohl die überproportional steigenden Löhne, die in den Unternehmen zu einem Rückgang der Investitionen führten.

Die Mitgliederversammlung wählte im Juni 1976 einen gemeinsamen Präsidenten von BDI und BDA: Hanns-Martin Schleyer, seit Anfang 1974 BDA-Präsident und bis heute einziger Präsident im Doppelamt. Schleyer, geboren 1915 in Offenburg, war 1951 in den Daimler-Benz-Konzern eingetreten. Er stieg 1963 zum Vorstandsmitglied mit Zuständigkeit für das Personal- und Sozialwesen auf. Parallel dazu engagierte er sich in den Arbeitgeberverbänden. Nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt im BDI wurde er am 5. September 1977 von Mitgliedern der RAF entführt, am 18. Oktober 1977 ermordet.

Schleiers Nachfolger im BDI-Präsidentenamt wurde der Bonner Fliesenunternehmer Nikolaus Fasolt, geboren 1921 in Berlin. Er gab dieses Amt jedoch nach wenigen Monaten wieder auf. Rolf Rodenstock, der im September 1978 zum BDI-Präsidenten gewählt wurde, sorgte mit seiner sechsjährigen Amtszeit für Kontinuität im Spitzenamt. Der 1917 in München geborene Rodenstock war bereits 1949 an der Gründung des BDI beteiligt. Seit 1952 bekleidete er das Amt eines BDI-Vizepräsidenten. Im Unternehmen des Vaters, den Optischen Werken G. Rodenstock, war er seit 1953 persönlich haftender Gesellschafter.

Von der Wende bis zur Wiedervereinigung (1982 bis 1990)

Unter Rodenstocks Führung mahnte der BDI eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik an – für eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. In seine Amtszeit fiel die Wende von der sozial-liberalen zur christlich-

liberalen Koalition. Der neue Bundeskanzler Helmut Kohl formulierte eine Politik »Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt«.

Im März 1984 entschied der BDI-Vorstand, die Nachfolge Rodenstocks zweistufig zu regeln. Beide Nachfolgekandidaten, Hans Joachim Langmann und Tyll Necker, konnten wegen ihrer unternehmerischen Tätigkeiten das Amt nur zeitlich begrenzt ausüben. Zum Nachfolger Rodenstocks wählte die BDI-Mitgliederversammlung für die Jahre 1985 und 1986 Hans Joachim Langmann, den Vorsitzenden des Gesellschafterrates und der Geschäftsführung der E. Merck OHG. Der Physiker Langmann, 1924 in Groß-Updahl in Mecklenburg geboren, studierte in Göttingen und Heidelberg Physik. Er heiratete in die Darmstädter Pharma-Familie Merck ein, trat in das gleichnamige Unternehmen ein und machte aus dem Unternehmen einen Weltkonzern. Langmanns zentrales Thema als BDI-Präsident waren die Verminderung der Steuerlast für die Unternehmen und die Vereinfachung des deutschen Steuerwesens. Er betonte die Interessenidentität zwischen kleinen und großen Industrieunternehmen.

» Die Deutschen vergessen oft, das Chancen erst durch Wagnisse entstehen.«

Tyll Necker

Auf Langmann folgte von 1987 bis 1990 und von 1992 bis 1994 der 1930 in Berlin geborene Tyll Necker. Nach seinem Studium der Volkswirtschaft und Philosophie führte Necker das Unternehmen Hako-Werke GmbH & Co. mit der Produktion von Reinigungsmaschinen zu internationalem Erfolg. Er leitete den BDI, als die Mauer fiel und Deutschland sich wiedervereinigte, und engagierte sich persönlich dafür, dass die Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern populär wurde. Necker verschaffte sich auch bei politischen Gegnern Gehör: Bei der Eröffnung der Hannover-Messe 1988 appellierte er an Politiker, Gewerkschafter und Unternehmer, einen Pakt zu Gunsten des Standorts Bundesrepublik zu schließen. Deshalb gilt Necker heute als einer der Väter der Standortdebatte. Im selben Jahr sprach er sich dafür aus, den Umweltschutz zur »Chefsache« zu machen und verstärkt in die gesamte Unternehmenspolitik zu integrieren.

Zum Ende seiner vierjährigen Amtszeit kündigte Necker seinen Verzicht auf eine weitere Kandidatur an und schlug als Nachfolger Heinrich Weiss vor, den Vorstandsvorsit-

zenden der SMS Schloemann-Siemag AG. Weiss, Jahrgang 1942, war von Anfang 1991 bis zu seinem Rücktritt im Sommer 1992 BDI-Präsident. Ihm folgte erneut Necker. Überzeugt, dass das zentrale Thema der deutschen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren das Sichern und Schaffen von Arbeitsplätzen sein würde, verlangte Necker vom Staat beispielsweise eine drastische Senkung der Verschuldung, eine allgemeine Verringerung der Steuerlast sowie eine verbesserte Forschungsförderung.

Das Zeitalter der Globalisierung

Tyll Neckers Nachfolger im BDI-Präsidentenamt wurde 1995 Hans-Olaf Henkel. Der 1940 in Hamburg geborene Henkel begann 1962 seine berufliche Laufbahn bei IBM Deutschland. In der Folgezeit stieg er im US-Computerkonzern bis zum Vorsitzenden der Geschäftsführung auf. Unter seiner Präsidentschaft zog der BDI zusammen mit BDA und DIHK nach Berlin in das gemeinsam genutzte Haus der Deutschen Wirtschaft.


Henkels wichtigstes Thema waren die Chancen des Wettbewerbs. Die zahlreichen Vorschläge des BDI zu nahezu allen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen ließ Henkel in einem neuartigen »Perspektivkonzept für ein attraktives Deutschland« bündeln. In seiner Mitgliederstruktur trug der BDI dem Strukturwandel der Wirtschaft Rechnung: Seit 1995 wurden auch Verbände, die die Interessen industrienahe Dienstleister vertreten, zu BDI-Mitgliedern – etwa die Versorgungswirtschaft ab 1995 oder die Informationswirtschaft ab 2000. In Henkels Amtszeit fiel der Wechsel von der Regierung Kohl zur rot-grünen Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder. Nach sechs Jahren Präsidentschaft übergab Henkel 2001 das Amt an den Maschinenbauer und ehemaligen VDMA-Präsidenten Michael Rogowski.

Rogowski, geboren 1939 in Stuttgart, trat 1974 der J. M. Voith GmbH bei, einer Maschinenbaufirma in Heidenheim, die sich in Familienbesitz befand. Als ihr Vorsitzender baute der Wirtschaftsingenieur das Unternehmen ab 1992 zu einem der führenden Maschinenbauer aus. Der neue BDI-Präsident ging mit Schröder während des Bündnisses für Arbeit wegen der Tarifpolitik auf Konfrontationskurs und befürwortete später die Reformen der Agenda 2010. Zentrales Thema seiner BDI-Präsidentschaft war die Freiheit. Rogowski betonte Freiheit als Grundvoraussetzung für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft.

Der 1941 in Schwelm/Westfalen geborene mittelständische Unternehmer Jürgen R. Thumann übernahm mit 19 Jahren nach dem Tod des Vaters dessen Firma Thumann Stahl Service Center. 1978 gründete er die Heitkamp & Thumann Gruppe. Seit 1991 war Thumann Mitglied im BDI-Präsidium, von 1991 bis 2005 Präsident des Mitgliedsverbands WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung. In Thumanns Präsidentschaft fiel ein Prozess der Reorganisation des BDI: Der langjährige Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenberg schied aus dem Berufsleben aus, der ehemalige bayerische Umweltminister Werner Schnappauf wechselte zum BDI.

Eines der wichtigsten Themen der Präsidentschaft Thumanns war die Erbschaftsteuerreform. Nach vier Jahren intensiven politischen und juristischen Ringens mit der seit 2005 regierenden Großen Koalition gelang ein Kompromiss, der viele Unternehmen besser stellt. Das Thema Klimapolitik machte Thumann auch als Vorsitzender der BDI-Initiative »Wirtschaft für Klimaschutz« zur Chefsache: Die BDI-Initiative legte mit der Unternehmensberatung McKinsey eine Klimastudie zu den »Kosten und Potenzialen der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland« vor.

Thumann setzte sich auch für die transatlantische Wirtschaftsintegration ein. Auf Initiative des BDI und der Bundesregierung kam es zur Gründung des »Transatlantic Economic Council« (TEC), dessen europäischer Sprecher Thumann wurde. Die Sitzungen des TEC führten zu konkreten Fortschritten, beispielsweise beim Export von EU-Elektrogeräten in die USA oder bei der Harmonisierung des Patentrechts.

 **Die deutsche Wirtschaft schafft
echte Werte – und sie bekennt
sich zu Werten.«**

Hans-Peter Keitel

Die Mitgliederversammlung wählte für die Jahre 2009 und 2010 Hans-Peter Keitel zum Nachfolger von Thumann. Er übernimmt das Amt, als eine der größten weltweiten Finanzkrisen beginnt, auf die Konjunktur der Realwirtschaft durchzuschlagen.

www.bdi.eu/60Jahre

Innovationen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze

Der aktuelle Innovationsindikator belegt: Deutschland steckt zu wenig Mittel in die Forschung. Außerdem gibt es im internationalen Vergleich zu wenige Forscher. Deutschland muss sich Tag für Tag als leistungsfähiger Standort für die besten Produkte, Technologien und Dienstleistungen beweisen, um Wohlstand und Beschäftigung zu sichern.

Viele deutsche Unternehmen sind Weltmarktführer mit ihren Produkten. Das mildert die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise: Wer Einzigartiges anbietet, hängt weniger von der Konjunktur ab. Solche Unternehmen können sich einem Abschwung eher entziehen. Der Wohlstand in Deutschland, das Wirtschaftswachstum, die Arbeitsplätze hängen davon ab, wie ideenreich wir sind und wie schnell und erfolgreich Unternehmer Ideen umsetzen können.

Deutschland wieder nur auf Platz acht

Die Ergebnisse des Innovationsindikators 2008 von BDI und Deutsche Telekom Stiftung sind alarmierend. Die Studie, die das DIW erarbeitet hat, misst alljährlich die Stärken und Schwächen der Innovationskraft Deutschlands. Danach bleibt Deutschland im Wettbewerb der 17 führenden Industrienationen auf Platz acht. Der Abstand zu den Spitzenreitern Schweden und USA ist sogar größer geworden.

Deutschland kämpft nicht an der Spitze, sondern im Mittelfeld – das muss sich ändern: Forschung und Entwicklung müssen sich besser vernetzen, Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen enger zusammenarbeiten. Ein grundsätzlich wichtiger Schritt war die Einführung der Forschungsprämie, für die der BDI jahrelang geworben hatte. Die Forschungsprämie bietet einen Anreiz für Wissenschaftler, ihre innovativen Ideen durch gemeinsame Projekte mit mittelständischen Unternehmen zu verwirklichen. Allerdings sollte der Gesetzgeber das Förderinstrument ausbauen: Auch Wissenschaftler, die Aufträge für Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten bearbeiten, sollten in den Genuss der Prämie kommen. Gleichzeitig sollten die Hochschulen bei der Verwendung der Mittel frei sein, damit die Forschungsprämie noch populärer wird.

Innovationskraft darf etwas kosten

Wenn Deutschland innovativer werden will, müssen Politik und Wirtschaft mehr Mittel für Forschung und Entwicklung in die Hand nehmen. Die Bundesregierung leistet mit ihrer Hightech-Strategie bereits einen wichtigen

Beitrag. Sie hat in 17 Feldern, die von herausragendem nationalen Interesse sind sowie über wirtschaftliche und wissenschaftliche Potenziale verfügen, einen Fahrplan in eine innovative Zukunft definiert. Dazu zählen etwa Gesundheits-, Sicherheits- oder Energieforschung.

Der BDI unterstützt die Fortsetzung der Hightech-Strategie. Ihre riesigen Potenziale verdeutlicht das »BDI-Manifest für Wachstum und Beschäftigung – Deutschland 2020«. Je schneller eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt wird, desto enormer ist der Schub für Forschung und Entwicklung: Jedes Unternehmen, ob klein ob groß, sollte zehn Prozent seiner Forschungs- und Entwicklungsausgaben zusätzlich von seiner Steuerschuld abziehen dürfen. Alle größeren und die meisten kleineren OECD-Länder verfügen bereits über einen derartigen Hightech-Turbo.

Mangel an Akademikern und Fachkräften

In punkto Bildung ist Deutschland 2008 noch schlechter als in den Vorjahren. Der Innovationsindikator 2008 verweist Deutschland auf Platz 15 – ein Jahr zuvor lag es noch auf Rang 13. Nur Italien und Spanien erhalten noch schlechtere Noten. Das größte Manko: Deutschland fehlen die Akademiker. Zudem mangelt es vielen Betrieben akut an Fachkräften. Dabei ist Bildung die Grundlage für die Innovationsfähigkeit eines Landes.

Auf der Prioritätenliste ganz oben steht der Ausbau der frühkindlichen Bildung. Unter dem Motto »Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr« müssen Kindergartenkinder und Schüler besser betreut und gefördert werden. Der BDI unterstützt den Anstoß der Bundesregierung, Bildung auf allen Ebenen zur Chefsache zu machen. Jetzt müssen die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin eine Gesamtstrategie vereinbaren, welche die Qualität von Bildung verbessert. Wichtiger Baustein: Der gemeinsame Hochschulfonds, aus dem Bildungsgutscheine gespeist werden, die zu Autonomie und Wettbewerb der Hochschulen führen.

EU-Emissionshandel belastet deutsche Wirtschaft weiter

Die negativen Folgen der Versteigerung der Emissionshandelszertifikate ab 2013 sind für den Industriestandort Deutschland nicht abzuschätzen. Sicher ist nur: Die milliardenschweren Zusatzkosten führen zu erheblichen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Wirtschaft bekennt sich zu den EU-Klimazielen. Dazu gehört auch das Ziel, den Treibhausgasausstoß im Emissionshandelssektor bis 2020 um 21 Prozent zu reduzieren. Deutschland muss sich weiter anstrengen, um die Ziele zu erreichen. Die Wirtschaft bekennt sich auch zum Emissionshandel. Richtig eingesetzt, leistet er einen wesentlichen Beitrag, die Reduktionsverpflichtungen zum Klimaschutz kosteneffizient zu erreichen. Der Emissionshandel muss aber in ein energie- und klimapolitisches Gesamtkonzept eingebunden werden. Dabei müssen Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz gleichgewichtig berücksichtigt werden. Daran muss sich eine klima- und industriepolitische Strategie messen lassen.

Energieintensive Branchen besonders betroffen

Die novellierte EU-Emissionshandelsrichtlinie für die dritte Handelsphase (2013 bis 2020) sieht die Versteigerung der Zertifikate als prinzipielle Zuteilungsmethode ab 2013 vor. Dagegen hat der BDI Stellung genommen: Es überfordert die Unternehmen, wenn sie in die Verbesserung ihrer Anlagen investieren müssen, um die strengen Minderungsvorgaben zu erfüllen und gleichzeitig Emissionshandelszertifikate ersteigern müssen. Diese Belastungen hat kein außereuropäischer Wettbewerber zu tragen.

Der BDI hat deshalb gefordert, das gesamte verarbeitende Gewerbe von der Versteigerung auszunehmen. Wenn EU-Industrien im Vergleich zu ihren Wettbewerbern, die in Ländern mit geringeren oder gar keinen CO₂-Restriktionen produzieren, überfordert werden, kommt es zum »carbon leakage«. Darunter ist die Verlagerung von Produktionen und den damit verbundenen CO₂-Emissionen ins Nicht-EU-Ausland zu verstehen, um Zusatzkosten zu vermeiden, die durch den Emissionshandel verursacht werden. Von der Abwanderung können insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie, einige Zweige der chemischen Industrie, die Baustoff- und Glasindustrie sowie die Papier- und die Aluminiumindustrie betroffen sein.

Es kann nicht das Ziel der Europäischen Union sein, hoch-effiziente Industrien aus Europa zu verdrängen. Es geht auch nicht nur um »carbon leakage«, sondern vor allem um »job leakage«. Denn nicht nur Emissionen werden verlagert, sondern auch Arbeitsplätze. Deutschland ist von der Novellierung der Emissionshandelsrichtlinie besonders betroffen. Deutschland hat europaweit den höchsten Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung; im Jahr 2006 betrug er mehr als 25 Prozent.

Höhere Strompreise drohen

Der BDI forderte Ende 2008 im Vorfeld des Europäischen Rates die Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, sich in Brüssel für den Industriestandort Deutschland stark zu machen. Die Versteigerung der Zertifikate bringt für den Klimaschutz nichts. Nach Brancheneinschätzungen würde die Vollversteigerung der Zertifikate für die Energieunternehmen zusätzliche Kosten in Höhe von jährlich zwölf Milliarden Euro bedeuten. Steigende Strompreise wären die Folge. Dies würden besonders stromintensive Branchen deutlich zu spüren bekommen. Der BDI fordert deshalb, dass diese indirekten Belastungen kompensiert werden, nachdem der stufenweise Einstieg in die Versteigerung im Stromsektor am Widerstand von Rat und Parlament gescheitert ist.

Die von Rat und Parlament Ende 2008 in erster Lesung verabschiedete Emissionshandels-Änderungsrichtlinie ist zwar besser als der Kommissionsentwurf. Aber es fehlen noch viele Detailregelungen, ohne die sich die Richtlinie in ihren Auswirkungen nicht beurteilen lässt. Die Betreiber von betroffenen Anlagen werden noch lange warten müssen, bis sie wissen, was an neuen Belastungen auf sie zukommt. Europa verpasst damit die Chance, Klimaschutz und Wachstum miteinander zu verbinden: »Gerade angesichts der Finanzkrise brauchen die Unternehmen klare und verlässliche Rahmenbedingungen«, fordert BDI-Präsident Hans-Peter Keitel. Der BDI drängt darauf, die betroffene Industrie an der Ausformulierung der Detailregelungen rasch zu beteiligen.

Erbschaftsteuerreform bleibt auf der Tagesordnung

Nach hartem Ringen hat der Bundestag Ende 2008 die Erbschaftsteuerreform beschlossen. Für Familienunternehmen sind Lösungen gefunden worden, die den ursprünglichen Gesetzesentwurf verbessern. Nachbesserungen bleiben notwendig. Die komplette Freistellung von der Erbschaftsteuer ist mit hohen Hürden und großem Aufwand verbunden.

Akzeptable Lösung für Familienunternehmen

Die Erbschaftsteuerreform ist nach vierjähriger Diskussion Anfang dieses Jahres endlich in Kraft getreten. Sie beinhaltet nicht alles, was sich der BDI erhofft hatte, aber für viele Unternehmen Entlastungen. Stichwort: Begünstigung des Betriebsvermögens. Der BDI setzte sich erfolgreich für eine drastische Verkürzung der 15-jährigen Behaltefrist ein. Für die Übertragung von Betriebsvermögen wurde ein Optionsmodell eingeführt: Unternehmer dürfen künftig zwischen zwei Optionen wählen. Die Wirtschaft begrüßt die Optionslösung, die Erbschaftsteuer bei zehnjähriger Fortführung eines Unternehmens abzuschmelzen und komplett entfallen zu lassen – oder bei siebenjähriger Fortführung auf 85 Prozent abzuschmelzen. Unternehmen profitieren, wenn sie Fristen nicht einhalten können, indem Vergünstigungen nur anteilig und nicht komplett gestrichen werden.

Steuerbefreiung nur unter harten Bedingungen

Der Gesetzgeber lässt die Steuer jedoch nur dann abschmelzen, wenn Unternehmen weitere Bedingungen erfüllen – etwa den Erhalt von Arbeitsplätzen. Zunächst war eine statische Lohnsummenregelung vorgesehen. Auf den letzten Metern des Reformweges setzte sich der BDI erfolgreich für eine flexible Lohnsummenklausel ein. Die engen Vorgaben für das Verwaltungsvermögen konnte der BDI nicht verhindern. So ist zwar die völlige Steuerbefreiung möglich, doch dann darf das Verwaltungsvermögen nur zehn Prozent ausmachen. Für zahlreiche Erben dürfte dies eine sehr harte Bedingung sein.

Finanzminister Peer Steinbrück geht davon aus, dass nach Überprüfung der Reform in zwei Jahren kaum Nachjustierungen erfolgen müssen. Der BDI sieht bereits heute Handlungsbedarf. Die Reform erhält keinen ersten Preis für vereinfachte Gesetzgebung. Im Gegenteil: Hauptursache ist die aufwendige neue Bewertung nach so genannten Verkehrswerten. Dazu kommt, dass die Unternehmen die Freistellung von der Erbschaftsteuer mit zu hohem bürokratischen und finanziellen Aufwand erkaufen müssen.

Nachbesserungen unverzichtbar

Der Staat muss die Reform im Hinblick auf ihre Praktikabilität für die Unternehmen überprüfen und die Hürden entschärfen. Minderheitsgesellschafter und Gewerbeimmobilien müssen in die Begünstigung des Betriebsvermögens einbezogen werden. Die Erbschaftsteuer muss also nochmals auf den Tisch. All dies sollte bald geschehen, damit die Reform die erforderliche positive Wirkung für die Familienunternehmen hat.

Der BDI warb mit einer umfassenden Schriftenreihe und weiteren Veröffentlichungen für die Positionen der Wirtschaft: Ein BDI-Webcast veranschaulichte die wesentlichen Kritikpunkte gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Auf einer Roadshow in vielen Städten (Berlin, München, Hannover, Frankfurt, Stuttgart, Düsseldorf, Nürnberg, Augsburg) gab der BDI zusammen mit Mitgliedsverbänden und Landesvertretungen Antworten auf drängende Fragen der Unternehmer. Die Aktionen machten sich bezahlt: Die Verbesserungen gegenüber dem Status Quo sind ein Beleg dafür.

Bürokratische Lasten sind zu hoch

BDI-Vizepräsident Jürgen R. Thumann machte in seiner Amtszeit als BDI-Präsident früh auf die erbschaftsteuerlichen Risiken durch die neue Bewertung nach Verkehrswerten aufmerksam. Vehement warb er für eine neue Erbschaftsteuer. Ohne die frühzeitige Entwicklung von Reformplänen im engen Dialog mit der Politik wären die Unternehmen deutlich höher belastet worden. Thumann: »Der Kompromiss bei der Reform der Erbschaftsteuer ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.«

Infrastrukturpolitik ist Wachstumsmotor für Deutschland

Staus auf Straßen und im Datennetz, Widerstände gegen den Ausbau von Kraftwerken und Stromleitungen – die Risiken für die zukünftige Weltmarktfähigkeit sind immens. Öffentliche und private Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen schaffen Wachstum. Deutschland braucht dringend eine Infrastruktur-Offensive.

Quer durch alle Infrastruktur-Bereiche – Energie, Verkehr, Telekommunikation – droht ein Engpass für das künftige Wirtschaftswachstum: Im Energiesektor steuert Deutschland auf eine Stromlücke zu, bei den Verkehrswegen zehrt Deutschland von der Substanz, der Ausbau von breitbandigem Internet über Glasfaser- und Funkanschlüsse ist zu langsam. Der BDI fordert eine gemeinschaftliche Aktion von öffentlichen und privaten Investoren für einen zukunftsorientierten Ausbau der Infrastruktur.

Auf der BDI-Infrastrukturkonferenz im Mai 2008 präsentierte der BDI die Studie »Bedeutung der Infrastrukturen im internationalen Standortwettbewerb und ihre Lage in Deutschland«. Die Untersuchung der Universität Münster belegt: Zehn Prozent mehr Investitionen in die Infrastruktur bewirken eine langfristige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um mindestens einen Prozentpunkt. Aktuell bedeutet das 24 Milliarden Euro mehr Wohlstand pro Jahr – und neue Arbeitsplätze.

Ohne sichere Energieversorgung geht es nicht

In der Energiepolitik braucht es einen gemeinsamen Nenner für eine sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Versorgung. Das bedeutet: Deutschland benötigt einen möglichst breiten Energiemix. Dazu gehören erneuerbare Energien, aber auch Kohle- und Kernkraftwerke, die den Grundlastbedarf decken. Kraftwerke also, die rund um die Uhr 365 Tage im Jahr betrieben werden können. Das setzt voraus, dass in Deutschland Widerstände gegen moderne Kohlekraftwerke überwunden werden. Wenn neue Kohlekraftwerke abgelehnt und gleichzeitig am Kernenergieausstieg festgehalten wird, ist eine sichere Energieversorgung nicht möglich. Moderne Kohlekraftwerke sind wesentlich klimaschonender als die alten. Bund und Länder sollten eine Aufklärungskampagne starten, um den Menschen zu erläutern, welche Vorteile eine moderne Energieversorgung hat.

Verkehrswege bedarfsgerecht ausbauen

60 Stunden verbringt jeder Deutsche im Durchschnitt jährlich im Stau. Bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen, moderne Verkehrsmanagementsysteme und Verkehrstelematik können helfen, Staus zu reduzieren und Effizienz zu erhöhen. Gleichzeitig müssen die öffentlichen Investitionen in die Bundesverkehrswege gestärkt und verstetigt werden: In den vergangenen Jahren ist das Investitionsniveau unter die Zehn-Milliarden-Euro-Grenze gesunken – ein Betrag, der allein für Betrieb und Erhalt notwendig ist. Der BDI fordert für einen bedarfsgerechten Erhalt und Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserwegen mindestens zwölf Milliarden Euro jährlich. Die Bundesregierung hat auf die Forderung kurzfristig reagiert. Die Etatansätze für 2009 und 2010 werden im Rahmen der Konjunkturpakete auf rund zwölf Milliarden Euro verstärkt. Es kommt auch darauf an, die Investitionen auf diesem Niveau zu verstetigen. Außerdem müssen Projekte nach Nutzen-Kosten-Kriterien priorisiert werden. Engpässe müssen bei alten Verkehrsträgern beseitigt, insbesondere die Hinterlandanbindungen unserer Seehäfen zügig ausgebaut werden.

Breitband für die Informationsgesellschaft

Die Informationsgesellschaft ist auf eine exzellente Versorgung mit schnellen Datenleitungen angewiesen, auch in strukturschwachen ländlichen Regionen. Glasfaserkabel macht das Internet schneller und ermöglicht innovative Lösungen. Der Staat ist aufgefordert, in breitbandige Anwendungen zu investieren. Und frei werdende Rundfunkfrequenzen müssen zügig für mobiles Internet zur Verfügung stehen, auch im Gesundheits- und Bildungswesen, der Energiewirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Zusätzliche Umsätze von jährlich 50 Milliarden Euro und bis zu 250 000 Arbeitsplätze wären durch schnellere Internetzugänge möglich. Die Industrie ist zu Investitionen in den Breitbandausbau bereit, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Bürokratieabbau tut Deutschland und Europa gut

Bürokratie belastet Unternehmen. In Zeiten der Konjunktur- und Finanzmarktkrise muss die Wirtschaft aber entlastet werden. Deshalb wird das Ziel von Bundesregierung und EU-Kommission, die Bürokratiekosten in den kommenden Jahren um ein Viertel zu senken, immer wichtiger. Eile ist geboten – der BDI fordert mutige Schritte.

Gesetzliche Melde- und Dokumentationspflichten kosten die deutsche Wirtschaft nach Berechnungen der Bundesregierung 47,6 Milliarden Euro pro Jahr. EU-weit werden die Verwaltungslasten in ausgewählten Rechtsakten von der Kommission auf etwa 150 Milliarden Euro geschätzt. Der BDI unterstützt Bundesregierung und EU-Kommission in ihrem Ziel, diese Bürokratielasten bis 2011 beziehungsweise 2012 jeweils um 25 Prozent zu verringern.

Die Bundesregierung sieht 2008 beachtliche Erfolge im Bürokratieabbau verwirklicht: 6,5 Milliarden Euro der gemessenen Bürokratielasten seien bereits abgebaut worden. Dies wäre ein Erfolg. Aber: Ein großer Teil der angegebene Entlastungssummen ist aus Sicht der Verbände und Unternehmen zu wenig spürbar.

Auch der Brüsseler Bürokratieabbau ist auf die Erfahrungen aus der Praxis angewiesen. Der BDI hat gemeinsam mit zwei Mitgliedern der EU-Expertengruppe, Edmund Stoiber und Roland Berger im Juli 2008 zwei Berliner Industrieunternehmen, Berlin-Chemie AG und Schmidt + Haensch GmbH & Co., besucht. Aus erster Hand bekamen die EU-Experten geschildert, welche Bürokratielasten täglich zu bewältigen sind.

Neue Studien erhöhen politischen Druck

Die Ergebnisse zweier Gutachten verdeutlichen die Notwendigkeit zum Bürokratieabbau. Der Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft hat die Studien im Oktober auf der Veranstaltung »Standortvorteil Bürokratieabbau – in Deutschland und der EU« im Beisein von Staatsminister Hermann Gröhe und dem Vorsitzenden des Nationalen Normenkontrollrates, Johannes Ludwig, präsentiert: Allein für die Berechnung und Abführung der Umsatzsteuer, der Lohnsteuer sowie der Sozialabgaben zahlt die deutsche Wirtschaft jährlich 14,7 Milliarden Euro. Für die Ermittlung, Abführung und Anmeldung der Umsatzsteuer fallen noch einmal insgesamt 8,6 Milliarden Euro an.

Die Bürokratielasten könnten bereits durch Vereinfachungen spürbar reduziert werden, durch die Verkürzung der Aufbewahrungsfristen von zehn auf sechs Jahre für steuerrelevante Dokumente beispielsweise bei Rechnungen für umsatzsteuerliche Zwecke.

Industrie fordert spürbaren Bürokratieabbau

Bürger, Staat und Unternehmen in Deutschland brauchen eine schnelle und spürbare Entlastung von Bürokratie. »Die Finanzmarktkrise erfordert Gegenmaßnahmen, die Wachstum und Beschäftigung sichern helfen. Ein spürbarer und nachhaltiger Bürokratieabbau kostet nichts, aber verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sichert Jobs«, so BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf.

Bürokratieabbau ist nur dann nachhaltig, wenn neue Bürokratie an anderer Stelle nicht Abbauerfolge konterkariert. Für den spürbaren und konsequenten Abbau von Bürokratiekosten ist die Erarbeitung eines transparenten Gesamtkonzepts unerlässlich.

BDI und BDA haben in der gemeinsamen Broschüre »Bürokratie abbauen – Mehr Wertschöpfung und Arbeitsplätze« über 100 Abbauvorschläge erarbeitet. Einige dieser Vorschläge, etwa zur Reduzierung der Bürokratiekosten im EU-Gesellschaftsrecht, hat die hochrangige EU-Expertengruppe aufgegriffen. Sie enthalten ein Entlastungspotenzial von sieben Milliarden Euro. Die Kommission sollte diese Vorschläge zügig nutzen.

Arndt G. Kirchoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses: »Ein beherzter Bürokratieabbau bedeutet ein echtes Wachstumsprogramm. Angesichts der Wirtschaftskrise brauchen wir dringend neue Impulse, die den Staatshaushalt nicht zusätzlich belasten.«

Finanzmarktkrise

Wohlstand

Exportweltmeister

Mittelstandspolitik

Hochschulpolitik

EU-Emissionshandel

FuE

Versorgungssicherheit

Verkehrstelematik

Erbschaftsteuerreform

Sammelklagen

Energiemix

EU-Haushalt

Verantwortung

Konjunktur

Breitbandinfrastruktur

Europa

Mobilität

Patentschutz

Stoffpolitik

Sicherheit

Zinsschranke

Handelspolitik

Innovationsstrategien

Informationsgesellschaft

Lissabon-Strategie CSR

Fachkräftenachwuchs Umweltgesetzbuch

Familienunternehmen

Binnenmarkt EGovernment Kartellrecht

Energieeffizienz

Weltmarktfähigkeit

Verkehrsinfrastrukturinvestitionen

Rohstoffpolitik Steuerliche

Forschungsförderung

Vergaberechtsreform

Haushaltskonsolidierung

Klimaschutz Wehrtechnik

Hidden Weltwirtschaft
Champions

Arbeitsmarkt

Außenwirtschaftsförderung

Bürokratieabbau

Unternehmensteuerrecht

Kompetenzfelder

13 wichtige Querschnittsthemen
des BDI

Kompetenzfelder sind die Antwort des BDI darauf, dass abteilungsübergreifende Fragestellungen und Querschnittsthemen immer wichtiger werden.

Mittelstand und Familienunternehmen

Konjunktur, Standort und Wettbewerb

Globalisierung, Märkte und Handel

Europa und Brüssel

Klima und Umwelt

Energie und Rohstoffe

Infrastruktur und Logistik

Forschung, Technik und Innovation

Information und Telekommunikation

Recht und Öffentliches Auftragswesen

Sicherheit und Verteidigung

Steuern und Finanzpolitik

Gesellschaft, Verantwortung und Verbraucher



Mittelstand und Familienunternehmen

Über 100 000 Industriebetriebe
sind Mittelständler



BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf und Edmund Stoiber, EU-Beauftragter für Bürokratieabbau, besuchen mittelständische Unternehmen. Foto: BDI/Kruppa

Rund 98 Prozent der vom BDI vertretenen Industrieunternehmen sind Mittelständler. Ihre Beschäftigten, ihre Investitionen und ihr technischer Fortschritt entscheiden über die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Deshalb arbeitet der BDI daran, die Interessen des industriellen Mittelstands und der Familienunternehmen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.

Nachhaltiges Denken und solides Wirtschaften haben im industriellen Mittelstand so genannte Hidden Champions hervorgebracht. Sie spielen auf den Weltmärkten eine führende Rolle – und wurden Markenzeichen des Standorts Deutschland. Eine ausgewogene Unternehmensgrößenstruktur und ein selbstständiges Unternehmertum sind grundlegend für funktionierenden Wettbewerb und mehr Wohlstand.

Zentrale Aufgaben für 2009 bleiben Bürokratieabbau, Nachbesserungen bei Unternehmens- und Erbschaftsteuerreform sowie die Reform des Arbeitsmarkts. Aus- und Weiterbildung sowie Forschungsförderung werden vor dem Hintergrund des steigenden internationalen Wettbewerbs um Fachkräfte und Innovation immer wichtiger.

Auf europäischer Ebene macht der BDI die Stimme des Mittelstands besser wahrnehmbar: Zusammen mit dem europäischen Dachverband BUSINESSEUROPE setzt er sich dafür ein, die Situation für kleine und mittlere Unternehmen in Europa zu verbessern.

Konjunktur, Standort und Wettbewerb

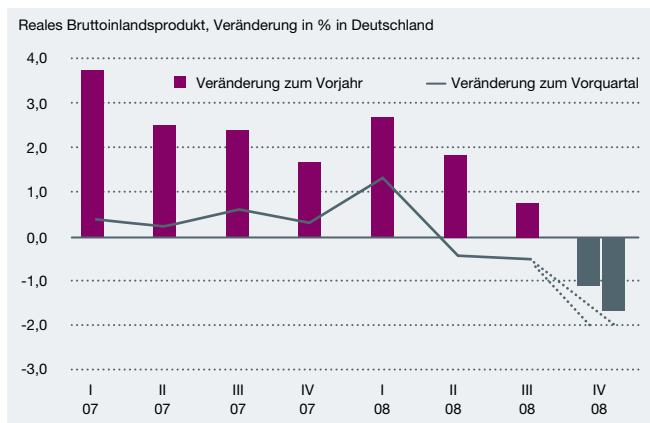
Bessere Rahmenbedingungen für mehr Wachstum

Die weltweite Finanzkrise ist in der Realwirtschaft angekommen. Dies berührt Deutschland als Exportnation an einer empfindlichen Flanke. Zwar lassen sich die negativen Konsequenzen für die Industrie und den Arbeitsmarkt noch nicht zuverlässig abschätzen, die starke Abhängigkeit von Exporten sowie die ausgeprägte Investitionsgüterorientierung tragen jedoch dazu bei, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen wird.

Akut kommt es darauf an, Finanzmärkte und Realwirtschaft insgesamt zu stabilisieren. Alles, was die Politik gegen die Rezession unternimmt, muss kurzfristig wirken und zugleich nachhaltige Wachstumsimpulse geben. Der Gesetzgeber sollte vor allem Bürger und Unternehmen entlasten, mehr öffentliche Investitionen tätigen und verbesserte Rahmenbedingungen für private Investitionen schaffen.

Anschließend ist zentral, Deutschland wieder auf einen höheren Wachstumspfad zu führen. Eine Wachstumsoffensive ist die Kernaufgabe der nächsten Legislaturperiode. Dabei geht es auch um die grundsätzliche Ordnung, das Verhältnis von Markt und Staat, eine intelligente Balance zwischen wirtschaftlichem Verhalten auf Märkten und staatlichen Rahmenbedingungen. Es muss bei der bewährten und gewollten Aufgabenteilung bleiben, welche die Kraft des Marktes nutzt. Deutschland hat gut aufgestellte Unternehmen. Sie verfügen über gesunde Unternehmensstrukturen. Sie bieten innovative Produkte und Dienstleistungen an. Und sie haben gut ausgebildetes Personal. Hervorragende Voraussetzungen für Deutschland – und ein Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.

Deutschland in der Rezession



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen; *vorläufige Berechnungen zur Entwicklung des 4. Quartals 2008 (positives und negatives Szenario)



Globalisierung, Märkte und Handel

Internationale Zusammenarbeit ausbauen



Japanese-German-Business Summit, Hannover Messe 2008.

Deutschland hat bislang eindeutig von der Globalisierung profitiert. In den vergangenen zehn Jahren haben sich die deutschen Exporte verdoppelt. Fast jeder zweite Umsatz-Euro wird im Ausland eingenommen. Deutsche Unternehmen haben über 810 Milliarden Euro im Ausland investiert. Während der Finanzkrise ist Deutschland auch auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen. Ausländische Investoren halten einen Investitionsbestand von rund 440 Milliarden Euro und sichern damit direkt mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze. Der BDI wirbt dafür, dass Deutschland auch künftig einer der attraktivsten Investitionsstandorte in Europa bleibt.

Die Weltwirtschaft benötigt gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten klare Signale gegen zunehmenden Protektionismus. Deshalb setzt sich die deutsche Industrie für einen ambitionierten Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation ein. Die USA sind der größte Absatzmarkt für deutsche Produkte außerhalb der EU und das wichtigste Zielland deutscher Investitionen. Die weitere Integration des transatlantischen Wirtschaftsraumes bringt auf beiden Seiten des Atlantiks Wachstumsimpulse von etwa drei Prozent.

Die deutsche Wirtschaft wird auch künftig verstärkt Wachstumsmärkte wie Brasilien, China, Indien, Russland oder die ASEAN-Länder nutzen. Über eine Partnerschaft auf Augenhöhe soll die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Infrastruktur, Gesundheitswirtschaft, Innovation und Finanzierung ausgebaut werden. Eine wichtige Basis für die internationale Zusammenarbeit ist der vom BDI initiierte G8-Business Summit, der sich unter anderem für konkrete Maßnahmen für die Stabilisierung der Wirtschaft und mehr Wachstum einsetzt.

Europa und Brüssel

Für eine wettbewerbsfähige Industrie in Europa

Der BDI ist in Brüssel und Berlin aktiv für eine starke und international wettbewerbsfähige deutsche Industrie. Die Vollendung des EU-Binnenmarktes und bessere Rechtsetzung bleiben wichtige Prioritäten. Vor neuer Gesetzgebung aus Brüssel sind die Folgen für den Binnenmarkt und die weltweite Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa umfassend zu messen. Immer wieder wird die Industrie beeinträchtigt, zum Beispiel durch unverhältnismäßige Initiativen im Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz.

Der BDI will eine modernisierte Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa. Die EU und ihre Mitgliedstaaten stehen in der Verantwortung, die Umsetzung einer Post-Lissabon-Strategie effizient und nachvollziehbar zu gestalten. Einer thematischen Überfrachtung der Agenda ist vorzubeugen.



Europa ist eine Werte- und Mehrwertgemeinschaft.

Der »Vertrag von Lissabon« kann dazu beitragen, die europäischen Institutionen zu modernisieren, Entscheidungsmechanismen zu straffen und das Subsidiaritätsprinzip zu stärken. Der BDI begrüßt die vereinbarten Inhalte, obwohl einzelne Punkte hinter den Erwartungen zurückbleiben. Auf Grundlage der EU-Beschlüsse vom Dezember 2008 kommt es jetzt darauf an, den Vertrag möglichst rasch zu ratifizieren und umzusetzen.

Die bisherige Erweiterung der EU ist ein Erfolg: Intensiver Handel, umfangreiche Investitionen und der Auf- und Ausbau transnationaler Wertschöpfungsketten tragen zur weltweiten Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen bei. Das Gewicht Europas in der transatlantischen Zusammenarbeit oder in globalen Institutionen wie etwa der Welthandelsorganisation ist gestiegen.

www.bdi.eu/europapolitik

Klima und Umwelt

Klimaschutz mit mehr Augenmaß

Klimawandel, begrenzte natürliche Ressourcen und die weltweit wachsende Nachfrage nach Energie: Diese Herausforderungen machen nachhaltiges Wirtschaften immer dringlicher. Klimawandel ist eine globale Herausforderung, der auch global begegnet werden muss.

Der BDI bekennt sich zum Klimaschutz und zu den europäischen Klimazielen. Dabei ist unbedingt auf die Kosteneffizienz der Maßnahmen zu achten. So bewirkt etwa die Versteigerung der Zertifikate im EU-Emissionshandel keine Minderung von Treibhausgasen, sondern entzieht den Betroffenen Investitionsmittel für die Verbesserung ihrer Anlagen.

Die BDI-Klimastudie »Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland« beweist: Die Innovationsfähigkeit der Industrie bietet Produkte, Verfahren und Technologien für effizienten Klimaschutz in allen Sektoren.

Gleichermaßen bekennt sich der BDI zu den Zielen von Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsschutz. Schließlich sind eine intakte Umwelt sowie gesunde und zufriedene Verbraucher und Arbeitnehmer wesentliche positive Standortfaktoren. Hier kann umso mehr erreicht werden, je besser die jeweiligen Gesetze aufeinander abgestimmt sind. Beispielsweise muss im Zeitalter von REACH mit der Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien, die Reglementierung chemischer Stoffe konsistent, logisch nachvollziehbar und zentral erfolgen – und nicht mehr in einer Vielzahl von Einzelgesetzen nach unterschiedlichen Modalitäten. Hierfür setzt sich der BDI mit seiner Kompetenz in allen umwelt- und technikbezogenen Themenfeldern ein.



www.bdi.eu/klima
www.bdi.eu/umwelt

Energie und Rohstoffe

Versorgungssicherheit ist strategische Zukunftsaufgabe

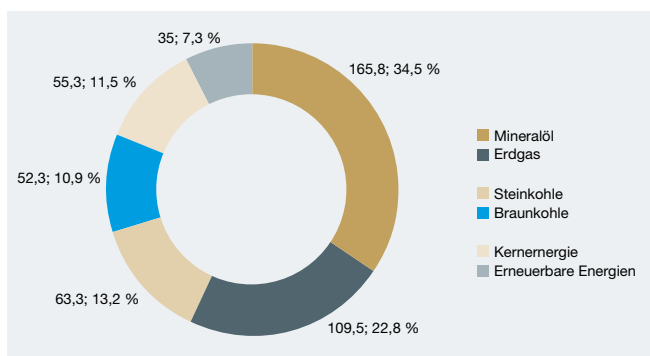
Die sichere Versorgung mit Energie und Rohstoffen ist eine grundlegende Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum in Deutschland und Europa: Der weltweite Energiebedarf steigt. Der Weltenergieericht rechnet mit einer Verdopplung des weltweiten Primärenergieverbrauchs bis 2050.

Entscheidend für die Energieversorgungssicherheit ist ein breiter Energiemix. Er macht die Nutzung fossiler, regenerativer und nuklearer Energien erforderlich und reduziert das Versorgungsrisiko. Zu große Abhängigkeiten von einem Energieträger werden vermieden. Deshalb setzt sich der BDI für ein konsistentes energiepolitisches Gesamtkonzept ein. Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke sind aus Gründen der Kosten und des Klimaschutzes sinnvoll. Keinesfalls kann Erdgas als Lückenfüller für den Kernenergieausstieg oder gar als Alternative für die Kohle herhalten.

Eine verlässliche Energieversorgung hängt von modernen Erzeugungsanlagen und Netzen ab. Der Monitoring-Bericht 2008 des Bundeswirtschaftsministeriums warnt vor einer möglichen Stromlücke, sollten zu wenige Kraftwerke und Leitungen realisiert werden. Politik und Wirtschaft müssen die Akzeptanz für bedarfsgerechte Investitionen in Kraftwerke und Strom- und Gasnetze gemeinsam verbessern.

Die EU-Strategie für nicht-energetische Rohstoffe, die vom BDI gefordert und von der EU-Kommission im Jahr 2008 entwickelt wurde, ist eine wichtige Ergänzung zur Rohstoffstrategie Deutschlands. Bundesregierung und EU-Kommission müssen den Handelsbeschränkungen bei Rohstoffen konsequent entgegenwirken. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen zur Gewinnung und Nutzung von Primär- und Sekundärrohstoffen verbessert werden.

Struktur des deutschen Primärenergieverbrauchs PEV 2008 (in Mio. t Steinkohleeinheiten SKE)



Quelle: Statistisches Bundesamt



Infrastruktur und Logistik

Mobilität sichert Wohlstand in Deutschland

Der Exportweltmeister Deutschland ist wie kaum ein anderes Land auf leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Sie sind unverzichtbar für den Wohlstand der Bürger und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Derzeit lebt Deutschland von der Substanz: Die Investitionen für Erhalt und Ausbau der Verkehrswege stagnieren seit mehreren Jahren unterhalb des erforderlichen Bedarfs.

Zentrale Aufgabe der Politik ist es, die über Jahrzehnte errichteten Infrastrukturen leistungsfähig zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen. Experten fordern: stetige Investitionen und stabile Finanzierungskreisläufe. Eine Steigerung der Verkehrsinvestitionen um zehn Prozent bewirkt eine langfristige Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um mindestens ein Prozent.

Eine begrenzte Kreditermächtigung für die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft könnte zusätzliche öffentlich-private Investitionsprojekte mobilisieren: Damit können Investitionen effizient, bedarfsgerecht und schnell angeschoben werden.



Foto: tollcollect.de

Für ein effizientes Logistiksystem müssen die Verkehrsträger noch besser miteinander vernetzt werden. Der BDI macht sich dafür stark, Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern optimal zu gestalten. So lassen sich die Stärken jedes Verkehrsträgers hervorheben – zum Vorteil aller Nutzer.

Forschung, Technik und Innovation

Innovationen für mehr Wachstum und Beschäftigung

Deutschlands Zukunft heißt Innovationen: Innovative Produkte und Dienstleistungen, die Unternehmen zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten, entscheiden über Beschäftigung, Wohlstand und Lebensqualität. Zum Beispiel in den Gesundheitsbranchen, die bereits mehr als vier Millionen Menschen beschäftigt. Mit einem Anteil von rund zwölf Prozent am Bruttoinlandsprodukt ist der Gesundheitssektor einer der wichtigsten Sektoren der deutschen Volkswirtschaft – und wächst weiter.

In welchen Segmenten und auf welchen Märkten Deutschland erhebliche Wertschöpfungspotenziale hat, haben über 100 Unternehmen, Institutionen und Forschungseinrichtungen der BDI-Initiative »Innovationsstrategien und Wissensmanagement« zusammen mit den BDI-Fachabteilungen und BDI-Mitgliedsverbänden im »BDI-Manifest für Wachstum und Beschäftigung – Deutschland 2020« erarbeitet. Diese BDI-Roadmap wurde Bundeswirtschaftsminister Michael Glos am BDI-Tag der Deutschen Industrie im Juni überreicht.

Ein wichtiger Schritt für mehr Wachstum ist die Überwindung des Fachkräftemangels. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln bringt eine vollständige Beseitigung des Fachkräftemangels mindestens 18,5 Milliarden Euro – Jahr für Jahr. Kurzfristig lässt sich der Fachkräftemangel durch Anwerbung hochqualifizierter Ausländer bekämpfen. Mittel- und langfristig muss das Qualifikationspotenzial junger Menschen in Deutschland besser ausgeschöpft werden – vor allem in den MINT-Kompetenzen Mathematik, Ingenieurwesen, Natur und Technikwissenschaften.

Das Ziel der EU, bis zum Jahr 2010 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ist noch lange nicht erreicht. Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten empfohlen, die steuerliche Förderung von Ausgaben für FuE einzuführen. Der BDI wirbt für eine Steuergutschrift in Höhe von zehn Prozent des FuE-Aufwandes der Unternehmen.



Wissens- und
Kompetenzmanagement
BDI initiativ



Urban
Technologies
BDI initiativ

Information und Telekommunikation

Breitbandausbau und IKT-Anwendungen stärken

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind Katalysator für Innovationen und Wachstum in Deutschland. Der BDI engagiert sich für den Ausbau hochmoderner IT-Infrastrukturen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hängt davon ab, dass die Unternehmen ihre Produkte durch IT-gestützte Prozesse effizienter und hochwertiger herstellen als in anderen Teilen der Welt.



Bundeskanzlerin Merkel auf der BDI-Infrastruktur-Konferenz am 26. Mai 2008.
Foto: BDI/Axel Nickolaus

IKT trägt als Sektor und überdies als Querschnittstechnologie entscheidend zur Wertschöpfung bei. Ein Drittel des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre verdankt Deutschland IKT und deren Anwendungen. Die IKT-Branche wächst deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft; sie ist Motor für die Konjunktur.

Für Wachstumsimpulse durch Einsatz von IKT muss die Politik die Weichen richtig stellen. Dazu gehört auch, dass der Staat verstärkt in den Ausbau interaktiver Inhalte und Angebote investiert – in Verwaltung, Bildung und Gesundheit.

Prozesse müssen stärker digitalisiert, automatisiert und vernetzt werden. Das ermöglicht Zeit- und Kostengewinne für jeden und erhöht die Wertschöpfung am Standort Deutschland. Intelligente Regulierung sollte private Investitionen und Wettbewerb zugleich fördern.

Recht und Öffentliches Auftragswesen

Wirtschaftliche Dynamik braucht guten rechtlichen Rahmen

Deutschland bleibt das Land der Erfinder und Entdecker. Patentschutz stärkt Unternehmen im globalen Wettbewerb und ist ein wichtiger Standortfaktor. Ein wirkungsvoller Patentschutz geht jedoch über nationale Grenzen hinaus. Bisher ist eine Anmeldung für Patente in den Mitgliedstaaten der EU mit erheblichem Aufwand und hohen Kosten verbunden. Deshalb strebt der BDI ein einheitliches, rechtssicheres und kostengünstiges Gemeinschaftspatent an, das EU-weit Sicherheit für Innovationen bietet.

Der BDI kämpft für ein klares und faires Vertragsrecht in Deutschland und Europa. Stabile rechtliche Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik und funktionierenden Wettbewerb. Die Pläne der EU-Kommission, im Verbraucher- und Wettbewerbsrecht kollektive Sammelklagen für Schadensersatzansprüche einzuführen, lehnt der BDI ab.

Die deutsche Wirtschaft setzt sich außerdem dafür ein, dass das Gesellschaftsrecht unternehmerische Initiative fördert und nicht behindert – etwa bei der Führung von Unternehmen, im Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Eigentümern, im Gläubigerschutz oder bei Gründung und Mobilität von Unternehmen im europäischen Binnenmarkt. Deshalb begrüßt der BDI den Vorschlag der Kommission für eine Europäische Privatgesellschaft (SPE).

Wichtig ist ein europarechtskonformes, praxisgerechtes und transparentes Vergaberecht. Nur so kommen Unternehmen und öffentliche Hand optimal und effizient zusammen, auch bei öffentlich-privaten Partnerschaften. Bei der Vergaberechtsreform sieht der BDI diese Zielsetzungen nicht erreicht.

Weniger ist mehr – die Größe der Bürokratielast für die Unternehmen unterstreicht, wie wichtig es ist, Aufwand zurückzufahren. Allein die von der Bundesregierung gemessenen Kosten durch Informationspflichten belaufen sich auf 48 Milliarden Euro im Jahr.

Hinzu kommen Belastungen aus so genannten Hand- und Spanndiensten, Informationspflichten an den Betriebsrat oder durch Haftungsrisiken. Die Politik muss spürbare Abbaumaßnahmen jetzt umsetzen. Der BDI hat dazu gemeinsam mit der BDA konkrete Vorschläge unterbreitet.

Sicherheit und Verteidigung

Deutsche Wehrtechnik europäisch positionieren

Die deutsche wehrtechnische Industrie ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Deutschland, seine Zukunftsfähigkeit und Sicherheit. Vor dem Hintergrund des hohen Exportanteils und knapper nationaler Beschaffungsmittel ist es entscheidend, die deutsche Marktposition auf Exportmärkten zu sichern und auszubauen.

Um wehrtechnische Kernfähigkeiten und hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten, müssen strategische Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsposition der deutschen Industrie getroffen werden.

Vorrangig ist die Herstellung einheitlicher Rahmenbedingungen für die wehrtechnische Industrie in Europa. Maßgebliche Wettbewerbsverzerrungen entstehen durch Kompensationsgeschäfte, dies verstößt teilweise gegen EU-Recht.



Sicherheit durch Luftraumüberwachung

Weitere Wettbewerbsnachteile entstehen durch Subventionen sowie durch in Staatsbesitz befindliche oder staatlich dominierte Rüstungsunternehmen.

Deutschland muss offensiv auf den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen hinwirken. Dazu gehören auch die Exportunterstützung und die politische Rückendeckung bei Handelsdisput. Wichtig ist, die enge Zusammenarbeit zwischen Industrie und Bundesregierung zur Vermarktung deutscher Produkte fortzusetzen und auszubauen.

Steuern und Finanzpolitik

Entlastung für alle
Unternehmen



Welche Auswirkungen die Finanzkrise auf die Realwirtschaft hat, ist noch ungewiss. Der BDI ist dafür, die Balance zwischen konjunkturellen Maßnahmen und Haushaltskonsolidierung zu wahren. Die Politik muss Spielraum für kurzfristige Reaktionsmöglichkeiten haben, langfristig hat die Haushaltskonsolidierung Priorität.

Notwendig sind Nachbesserungen bei der Einkommensteuer: Die kalte Progression muss entschärft und im weiteren Schritt die steile Progression abgeflacht werden. Dann hat die arbeitende Mittelschicht mehr Netto vom Brutto im Portemonnaie – und erfährt, dass Leistung sich lohnt. Das steigert auch die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft.

Durch die Unternehmensteuerreform 2008 haben sich die steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verbessert, insbesondere durch Senkung der Körperschaftsteuer auf 15 Prozent. Trotz guter Startrichtung wirkt die Reform krisenverschärfend: Bei der Zinsschranke, der Beschränkung der Verlustverrechnung, Besteuerungen von Funktionsverlagerungen und gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen sind Nachbesserungen dringend erforderlich, um die Weltmarktfähigkeit deutscher Unternehmen zu sichern.

Das Unternehmensteuerrecht bedarf in vielen Bereichen und Facetten der Überarbeitung und Reform. Für den BDI ist das Abarbeiten der langen Mängelliste im engen Dialog mit der Finanzverwaltung und der Politik unverzichtbar. So entsteht ein modernes Steuerrecht, das sich an den Anforderungen der Praxis ausrichtet.

www.bdi.eu/steuerpolitik

Gesellschaft, Verantwortung und Verbraucher

Wirtschaft übernimmt Verantwortung

Im Jahr 2009 muss es vor allem um Erklären, Verstehen und Fördern der sozialen Marktwirtschaft und der ihr zugrunde liegenden freiheitlichen Ethik gehen. Unternehmen leisten einen hohen Beitrag für das Funktionieren des Gemeinwesens. Dazu zählen zuerst die Erstellung von Produkten und Dienstleistungen, aber auch Mitarbeiterfürsorge und eine langfristig angelegte Unternehmenspolitik, die Pflege der natürlichen Ressourcen und die Förderung karitativer, kultureller und sportlicher Aktivitäten.

Für den BDI sind Freiheit, Wettbewerb und Privateigentum beste Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Engagement der Unternehmen. Das Bundesarbeitsministerium plant eine Nationale Strategie für unternehmerische Verantwortung. Per Gesetz verordneter Zwang und unternehmerische Verantwortung schließen aber einander aus.

Der Verbraucher wählt frei, was er konsumieren möchte. Seine Entscheidungen fördern Wettbewerb, der Unternehmen dazu antreibt, ihre Produkte, Dienstleistungen und ihre Unternehmensführung kontinuierlich zu verbessern. Zwangsaufgaben für Unternehmen wie z. B. Kennzeichnungspflichten bei Lebensmitteln tragen dazu nicht bei, weil sie lebensfremde Sachverhalte zur Grundlage von Kaufentscheidungen machen sollen.

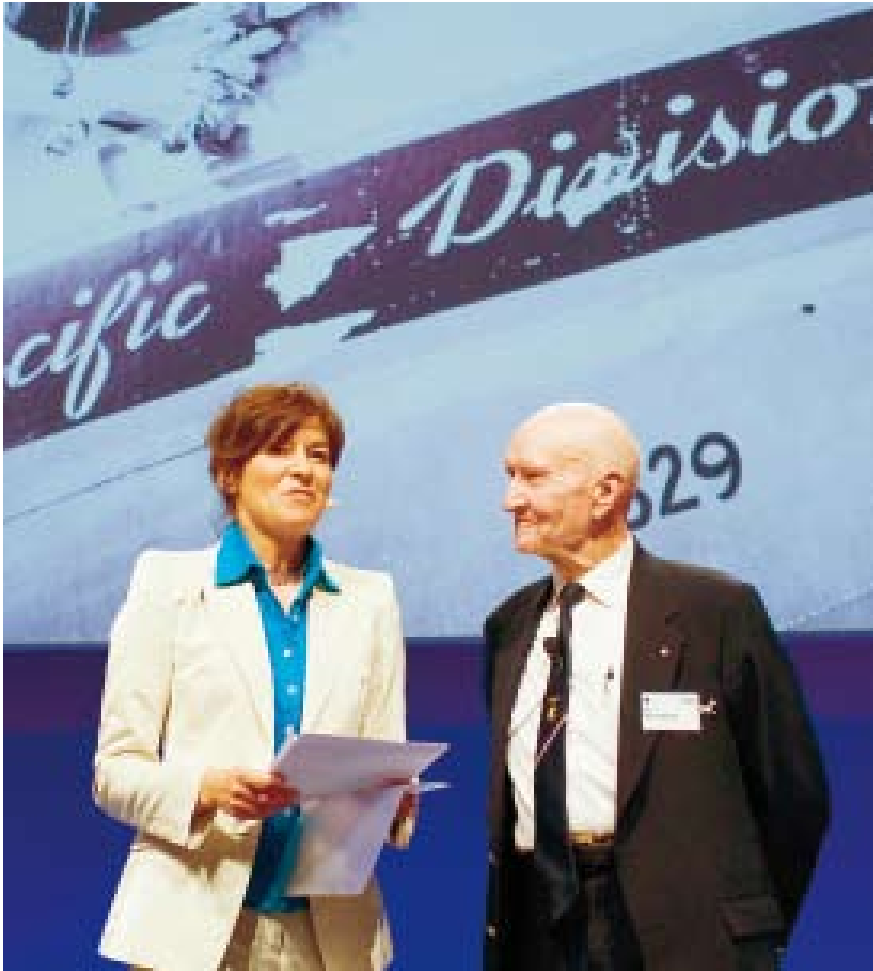
Die Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft BDA und BDI betreiben unter www.csr-germany.org ein Internetportal, um das umfassende gesellschaftliche Engagement der Unternehmen anhand von Beispielen darzustellen. Der BDI beteiligt sich an dem Internet-Portal www.csr-weltweit.de des Auswärtigen Amtes und der Bertelsmann-Stiftung. Die Spitzenverbände der Wirtschaft BDI, BDA, ZDH, DIHK und die Wirtschaftswoche schreiben außerdem alljährlich den Wettbewerb Freiheit und Verantwortung aus. Schirmherr ist Bundespräsident Horst Köhler. Infos und Bewerbungsunterlagen gibt es unter www.freiheit-und-verantwortung.de.



Ausstellung der Welthungerhilfe im BDI. Foto: Karsten Thielker/Welthungerhilfe



Bundespräsident Horst Köhler auf dem BDI-Tag
der Deutschen Industrie im Juni 2008.
Foto: BDI/Kruppa



Moderatorin Maybrit Illner und Oberst a.D. Gail Halvorsen, Pilot des ersten »Rosinenbombers«, auf dem BDI-Tag der Deutschen Industrie im Flughafen Berlin-Tempelhof. Foto: BDI/Kruppa



Bundeswirtschaftsminister Michael Glos erhielt im Juni von Jürgen R. Thumann (v.l.n.r.) das »BDI-Manifest für Wachstum und Beschäftigung – Deutschland 2020«. Foto: BDI/Kruppa

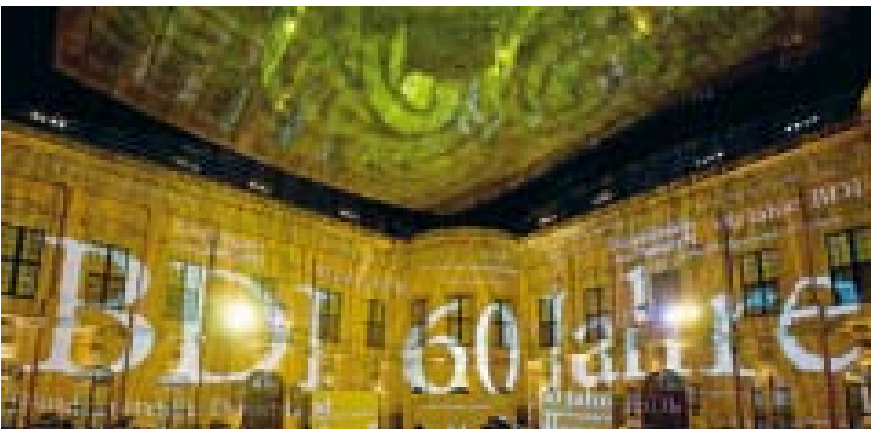


Oliver Bell, Hydro Aluminium, Hartmut Mehdorn, Deutsche Bahn, Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, FDP-Chef Guido Westerwelle, der damalige BDI-Vizepräsident Hans-Peter Keitel und Maybrit Illner (v.l.n.r.). Foto: BDI/Kruppa



Zum BDI-Tag der Deutschen Industrie kamen 1 500 Gäste.
Foto: BDI/Kruppa

BDA-Präsident Dieter Hundt, Ex-BDI-Präsident Jürgen R. Thumann, DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (v.l.n.r.) auf dem Parlamentarischen Abend im September 2008. Foto: BDI/photothek



Festlicher Abend der deutschen Industrie im Januar 2009 im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Foto: BDI/Kruppa



Ex-BDI-Präsident Jürgen R. Thumann und Nachfolger Hans-Peter Keitel mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem festlichen Abend der deutschen Industrie. Foto: BDI/Förster



Installation im Schlüter-Hof des Deutschen Historischen Museums. Foto: BDI/Kruppa

BDI-Mitgliedsverbände

Der BDI ist ein branchenübergreifender Dachverband. Seine Mitglieder sind Wirtschaftsverbände und Arbeitsgemeinschaften der Industrie und industrienahen Dienstleister. Der BDI repräsentiert als Spitzenorganisation die Interessen von mehr als 100 000 Unternehmen mit über acht Millionen Beschäftigten. Die Mitgliedschaft im BDI ist freiwillig.



Verband der
Automobilindustrie
Verband der
Automobilindustrie e. V. (VDA)
Westendstr. 61
60325 Frankfurt
T: 069 97507-0
F: 069 97507-261
www.vda.de

Geschäftsführung:
Dr. Kunibert Schmidt
Klaus Bräunig
Dr. Thomas Schlick



Bundesverband Baustoffe –
Steine und Erden e. V.
Kochstr. 6–7
10969 Berlin
T: 030 7261999-0
F: 030 7261999-12
www.baustoffindustrie.de

Hauptgeschäftsführung:
Michael Basten



ZVEI – Zentralverband Elektro-
technik- und Elektronikindu-
strie e. V.
Lyoner Str. 9
60528 Frankfurt
T: 069 6302-0
F: 069 6302-317
www.zvei.org

Vorsitzender der Geschäfts-
führung:
Dr. Klaus Mittelbach



Wirtschaftsverband Erdöl- und
Erdgasgewinnung e. V.
Brühlstr. 9
30169 Hannover
T: 0511 12172-0
F: 0511 12172-10
www.erdoel-erdgas.de

Hauptgeschäftsführung:
Josef Schmid



Hauptverband der Deutschen
Bauindustrie e. V.
Kurfürstenstr. 129
10785 Berlin
T: 030 21286-0
F: 030 21286-240
www.bauindustrie.de

Hauptgeschäftsführung:
Michael Knipper



Verband der Chemischen
Industrie e. V.
Mainzer Landstr. 55
60329 Frankfurt
T: 069 2556-1436
F: 069 2556-2436
www.vci.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Utz Tillmann



Bundesverband der Deutschen
Entsorgungswirtschaft e. V.
(BDE)
Behrenstraße 29
10117 Berlin
T: 030 5900335-0
F: 030 5900335-99
www.bde-berlin.de

Hauptgeschäftsführung:
Matthias Raith



Bundesvereinigung der Deut-
schen Ernährungsindustrie e. V.
(BVE)
Haus der Land- und Ernäh-
rungswirtschaft
Claire-Waldoff-Str. 7
10117 Berlin
T: 030 200786-0
F: 030 200786-299
www.bve-online.de

Hauptgeschäftsführung:
Prof. Dr. Matthias Horst



**Verband Forschender
Arzneimittelhersteller e. V.**
Hausvogteiplatz 13
10117 Berlin
T: 030 20604-0
F: 030 20604-222
www.vfa.de

Hauptgeschäftsführung:
Cornelia Yzer



Bundesverband Glasindustrie e. V.
Am Bonnhof 5
40474 Düsseldorf
T: 0211 4796-134
F: 0211 4796-751
www.bvglas.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Johann Overath



**ZIA Zentraler Immobilien-
Ausschuss e. V.**
Wallstr. 16
10179 Berlin
T: 030 2021-58 50
F: 030 20 21-585 29
www.zia-deutschland.de

Sprecher der Geschäftsführung:
Axel von Goldbeck
Roman Petrussek
Tanja Wiebe



**BITKOM Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und neue
Medien e. V.**
Albrechtstr. 10
10117 Berlin
T: 030 27576-0
F: 030 27576-400
www.bitkom.org

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Bernhard Rohleder



**Bundesverband der Deutschen
Gießerei-Industrie (BDG)**
Sohnstr. 70
40237 Düsseldorf
T: 0211 6871-0
F: 0211 6871-364
www.bdguss.de

Hauptgeschäftsführung:
Gerhard Klügge
Kay-Uwe Präfke
Dr.-Ing. Gotthard Wolf



**Hauptverband der Deutschen
Holz und Kunststoffe verarbeitenden
Industrie und verwandter
Industriezweige e. V.**
Flutgraben 2
53604 Bad Honnef
T: 02224 9377-0
F: 02224 9377-77
www.hdh-ev.de

Hauptgeschäftsführung:
Dirk-Uwe Klaas



BV Schmuck+Uhren
**Arbeitsgemeinschaft Industrien-
gruppe**
Federführung:
Bundesverband Schmuck,
Uhren, Silberwaren und ver-
wandte Industrien e. V.;
Verband der Deutschen
Automatenindustrie e. V.;
Börsenverein des Deutschen
Buchhandels e. V.; VDDI Ver-
band der Deutschen Dental-
industrie; Verband der
Deutschen Lederindustrie e. V.
Poststr. 1
75172 Pforzheim
T: 07231 14555-0
F: 07231 14555-21
www.bv-schmuck-uhren.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Alfred Schneider



**VKS – Verband der Kali- und
Salzindustrie e. V.**
Reinhardtstr. 18 a
10117 Berlin
T: 030 8471069-0
F: 030 8471069-21
www.vks-kalisalz.de

Geschäftsführung:
Hartmut Behnsen



**Arbeitsgemeinschaft
Keramische Industrie e. V.**
Schillerstr. 17
95100 Selb
T: 09287 808-0
F: 09287 70942
www.keramverband.de

Hauptgeschäftsführung:
Peter Frischholz



**Wirtschaftsvereinigung
Kunststoff**
Geschäftsführung:
Gesamtverband Kunststoff-
verarbeitende Industrie (GKV)
Kaiser-Friedrich-Promenade 43
61348 Bad Homburg
T: 06172 926662
F: 06172 926674
www.gkv.de

Hauptgeschäftsführung:
Michael Rathje

**VDMA – Verband Deutscher
Maschinen- und
Anlagenbau e. V.**
Lyoner Str. 18
60528 Frankfurt
T: 069 6603-0
F: 069 6603-1511
www.vdma.org

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Hannes Hesse



**SPECTARIS – Deutscher
Industrieverband für optische,
medizinische und mechatro-
nische Technologien e. V.**
Saarbrücker Str. 38
10405 Berlin
T: 030 4140-210
F: 030 4140-2133
www.spectaris.de

Geschäftsführung:
Sven Behrens



**Vereinigung Rohstoffe
und Bergbau e. V.**
Am Schillertheater 4
10625 Berlin
T: 030 315182-0
F: 030 315182-35
www.v-rohstoffe-bergbau.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Heinz Norbert Schächter



**IDL Interessengemeinschaft
der Deutschen Luftfahrt**
Gertraudenstr. 20
10178 Berlin
T: 030 310118-0
F: 030 310118-90
www.adv.aero

Hauptgeschäftsführung:
Ralph Beisel



Wirtschaftsvereinigung Metalle
Am Bonnehof 5
40474 Düsseldorf
T: 0211 4796-0
F: 0211 4796-400
www.wvmetalle.de

Hauptgeschäftsführung:
Martin Kneer



**Verband Deutscher
Papierfabriken e. V.**
Adenauerallee 55
53113 Bonn
T: 0228 26705-0
F: 0228 26705-62
www.vdp-online.de

Hauptgeschäftsführung:
Klaus Windhagen



**Verband für Schiffbau und
Meerestechnik e. V.**
Slomanhaus
Steinhöft 11
20459 Hamburg
T: 040 2801-52-0
F: 040 2801-52-30
www.vsm.de

Hauptgeschäftsführung:
Werner Lundt



**BDLI Bundesverband
der Deutschen Luft- und
Raumfahrtindustrie e. V.**
Friedrichstr. 60
10117 Berlin
T: 030 206140-0
F: 030 206140-10
www.bdli.de

Hauptgeschäftsführung:
Dietmar Schrick



**Mineralölwirtschafts-
verband e. V.**
Georgenstr. 25
10117 Berlin
T: 030 202 205-30
F: 030 202 205-55
www.mwv.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Klaus Picard



**Bundesverband der
Pharmazeutischen
Industrie e. V. (BPI)**
Friedrichstr. 148
10117 Berlin
T: 030 27909-0
F: 030 27909-361
www.bpi.de

Hauptgeschäftsführung und
Mitglied des Vorstandes:
Henning Fahrenkamp



Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstr. 65
40237 Düsseldorf
T: 0211 6707-0
www.stahl-online.de

Präsident und Hauptgeschäfts-
führung:
Hans Jürgen Kerkhoff



SET Wirtschaftverband Stahl-
bau und Energietechnik e. V.

Sternstr. 36
40479 Düsseldorf
T: 0211 49870-39
F: 0211 49870-36
www.set-online.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr.-Ing. Reinhard Maaß



Gesamtverband der deutschen
Textil- und Modeindustrie e. V.

Reinhardtstr. 12–16
10117 Berlin
T: 030 726220-0
F: 030 726220-49
www.textil-mode.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Wolf-Rüdiger Baumann



VBI Verband
Beratender Ingenieure e. V.

Budapester Str. 31
10787 Berlin
T: 030 26062-0
F: 030 26062-100
www.vbi.de

Hauptgeschäftsführung:
Klaus Rollenhagen



Verein der
Zuckerindustrie e. V.

Am Hofgarten 8
53113 Bonn
T: 0228 2285-0
F: 0228 2285-100
www.zuckerwirtschaft.de

Hauptgeschäftsführung:
Dr. Dieter Langendorf



WSM Wirtschaftverband Stahl-
und Metallverarbeitung e. V.

Kaiserswerther Str. 137
40474 Düsseldorf
T: 0211 4564-101
F: 0211 4564-169
www.wsm-net.de

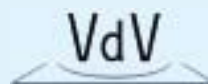
Hauptgeschäftsführung:
Dr. Andreas Möhlenkamp



Bundesverband der Deutschen
Tourismuswirtschaft (BTW) e. V.

Am Weidendamm 1 a
10117 Berlin
T: 030 726254-0
F: 030 726254-44
www.btw.de

Generalsekretär:
Michael Rabe



Verband der deutschen
Verbundwirtschaft
– VdV – e. V.

Reinhardtstr. 32
10117 Berlin
T: 030 300199-1751
F: 030 300199-3751

Geschäftsführung:
Wolf-Ingo Kunze

BDI-Präsidium

Das BDI-Präsidium leitet die inhaltliche Tätigkeit des Wirtschaftsverbandes. Es besteht aktuell aus 55 hochrangigen Wirtschaftsvertretern. Sie engagieren sich im BDI ehrenamtlich. Ihre Erfahrungen und Kenntnisse bringen sie auch in die öffentliche Diskussion über eine zeitgemäße Wirtschaftspolitik ein.

Präsident	Vizepräsidenten	Schatzmeister und Vizepräsident	Präsidialmitglieder
<p>Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel Mitglied des Aufsichtsrats, HOCHTIEF AG Essen</p>	<p>Herbert Bodner Vorsitzender des Vorstands, Bilfinger Berger AG Mannheim</p> <p>Prof. Dr. Ulrich Lehner Mitglied des Gesellschafter- ausschusses, Henkel AG & Co. KGaA Düsseldorf</p> <p>Friedhelm Loh Vorsitzender des Vorstands, Friedhelm Loh Stiftung Group und Präsident des ZVEI Haiger</p> <p>Prof. Dr. Dr. h.c. mult. August-Wilhelm Scheer Präsident BITKOM, Gründer und Vorsitzender des Aufsichts- rats IDS Scheer AG Saarbrücken</p> <p>Dr.-Ing. Ekkehard D. Schulz Vorsitzender des Vorstandes, ThyssenKrupp AG Düsseldorf</p> <p>Jürgen R. Thumann Vorsitzender des Gesellschafter- terausschusses, Heitkamp & Thumann KG Düsseldorf</p> <p>Matthias Wissmann Präsident des Verbandes der Automobilindustrie e. V. (VDA) Frankfurt</p> <p>Dr.-Ing. E.h. Manfred Wittenstein Vorstandsvorsitzender, WITTENSTEIN AG Igersheim</p>	<p>Dr. Arend Oetker Geschäftsführender Gesell- schafter, Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG Berlin</p>	<p>Jürgen Abraham Geschäftsführender Gesell- schafter, Abraham Schinken GmbH & Co. KG Seevetal</p> <p>Dr. Patrick Adenauer Geschäftsführender Gesell- schafter, Bauwens GmbH & Co. KG Köln</p> <p>Dr. Frank Appel Vorsitzender des Vorstandes, Deutsche Post AG Bonn</p> <p>Dr. Dr. Andreas Barner Sprecher der Unternehmens- leitung, Boehringer Ingelheim GmbH Ingelheim</p> <p>Dr. Wulf Bernotat Vorsitzender des Vorstandes, E.ON AG Düsseldorf</p> <p>Michael Eggenschwiler Vorsitzender der Geschäfts- führung, Flughafen Hamburg GmbH Hamburg</p> <p>Dr. Thomas Enders President und Chief Executive Officer, Airbus Blagnac Cedex/Frankreich</p>

Dr. Uwe Franke

Vorsitzender des Vorstands,
Deutsche BP AG
Bochum

Dr. Michael Frenzel

Vorsitzender des Vorstandes,
TUI AG
Hannover

Ulrich Galladé

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Galladé GmbH
Witten

Ulrich Grillo

Vorsitzender des Vorstandes,
Grillo-Werke AG
Duisburg

Dr. Jürgen Großmann

Vorsitzender des Vorstandes,
RWE AG
Essen

Dietmar Harting

Persönlich haftender
Gesellschafter,
HARTING KGaA
Espelkamp

Dr. oec. publ.

Jürgen Heraeus
Vorsitzender des Aufsichtsrates,
Heraeus Holding GmbH
Hanau

Hans Dieter Honsel

Mitglied des Aufsichtsrates,
Honsel AG, Meschede,
und Präsident des BDG Bundesverband der Deutschen
Gießerei-Industrie
Düsseldorf

Dr. Eckart John von Freyend

Präsident Zentraler Immobilien
Ausschuss e. V. und Präsident Institut der deutschen Wirtschaft
Köln

Friedrich P. Jousen

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Vodafone Deutschland,
und Vorsitzender des Vorstandes,
Arcor AG
Düsseldorf

Dr. Gernot Kalkoffen

Vorsitzender des Vorstandes,
ExxonMobil Central Europe
Holding GmbH
Hamburg

Martin Kannegiesser

Geschäftsführender Gesellschafter,
Herbert Kannegiesser GmbH
Vlotho

Hans Jürgen Kerkhoff

Präsident Wirtschaftsvereinigung
Stahl und Vorsitzender
Stahlinstitut VDEH
Düsseldorf

Arndt G. Kirchhoff

Vorsitzender der Geschäftsführung,
KIRCHHOFF Automotive GmbH
Attendorn

Dr. Hans-Eberhard Koch

Geschäftsführer/Gesellschafter,
Witzenmann GmbH
Pforzheim

Franz Kook

Vorstandsvorsitzender,
DURAVIT AG
Hornberg

Stefan H. Lauer

Mitglied des Vorstandes,
Deutsche Lufthansa AG
Frankfurt

Gerd Lesser

Geschäftsführer, SIK
Steinmüller-Instandsetzung
Kraftwerke GmbH
Peitz

Dr. Thomas Lindner

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Groz-Beckert KG
Albstadt

Peter Löscher

Vorsitzender des Vorstandes,
Siemens AG
München

Friedrich Lürßen

Sprecher der Geschäftsführung,
FR. LÜRSEN WERFT GmbH
& Co. KG
Bremen

Josef May

Geschäftsführer, Silhouette
Deutschland GmbH
Ludwigsburg

René Obermann

Vorsitzender des Vorstandes,
Deutsche Telekom AG
Bonn

Dr. Wolfgang Palm

Geschäftsführender Gesellschafter,
Papierfabrik Palm GmbH & Co.
Aalen

Dr. Wolfgang Plischke

Mitglied des Vorstandes,
Bayer AG
Leverkusen

Klaus-Dieter Rennert

Vorsitzender der Geschäftsführung (CEO), Hitachi Power
Europe GmbH
Duisburg

Randolf Rodenstock

Geschäftsführender Gesellschafter,
Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG
München

Dr.-Ing. Gernot Schaefer

Persönlich haftender Gesellschafter,
Schaefer Kalk GmbH
& Co. KG
Diez

Maria-Elisabeth Schaeffler

Gesellschafterin,
INA Holding Schaeffler KG
Herzogenaurach

Dr. Werner Schnappauf

Hauptgeschäftsführer,
Bundesverband der Deutschen
Industrie e. V.
Berlin

Peter Schwartz

Präsident, Gesamtverband der
deutschen Textil- und Modeindustrie e. V.
Berlin

Norbert Steiner

Vorsitzender des Vorstandes,
K+S Aktiengesellschaft
Kassel

Dr. Johannes Teysen

Stellv. Vorstandsvorsitzender,
E.ON AG
Düsseldorf

Bergwerksdirektor

Bernd Tönjes

Vorsitzender des Vorstandes,
RAG Aktiengesellschaft
Herne

Hans-Peter Villis

Vorsitzender des Vorstandes,
EnBW Energie Baden-Württemberg AG
Karlsruhe

Bettina Würth

Vorsitzende des Beirats der
Würth-Gruppe, Adolf Würth
GmbH & Co. KG
Künzelsau

Dr. Dieter Zetsche

Vorsitzender des Vorstandes,
Daimler AG
Stuttgart

Michael Ziesemer

Member of the Executive Board,
Endress + Hauser Consult AG
Reinach/Schweiz

BDI-Ausschüsse

In den Ausschüssen des BDI erarbeiten über 1 000 Unternehmens- und Verbandsvertreter ehrenamtlich die wirtschaftspolitische Positionierung des BDI zu einzelnen Politikthemen. Die Arbeit der Ausschüsse garantiert die Übereinstimmung zwischen unternehmerischer Praxis und der Politik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

Ausschuss Außenwirtschaft

Vorsitzender: Dr. Hubertus Erlen, Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Bayer Schering Pharma AG
GF Oliver Wieck, BDI
T: 030 2028-1562
o.wieck@bdi.eu

Ausschuss Energie und Klimapolitik

Vorsitzender: Dr.-Ing. Gernot Schaefer, Geschäftsführender Gesellschafter
Schaefer Kalk GmbH & Co. KG
GF Dr. Carsten Rolle, BDI
T: 030 2028-1595
c.rolle@bdi.eu

Geld-, Kredit- und Währungsausschuss

Vorsitzender: Folhart Olschowy, Leiter Zentralbereich Finanzen
Wacker-Chemie GmbH
GF Dr. Hans-Joachim Haß, BDI
T: 030 2028-1594
h.hass@bdi.eu

Ausschuss für Konsumgüter und Verbraucherpolitik

Vorsitzender: Bernd Wilhelm, Vorsitzender des Aufsichtsrates
Kellogg (Deutschland) GmbH
GF Niels Lau, BDI
T: 030 2028-1401
n.lau@bdi.eu

Ausschuss Multimedia- und Telekommunikationspolitik

Vorsitzender: Alf Henryk Wulf, Vorstandsvorsitzender Alcatel-Lucent Deutschland AG
GF Dr. Ben Möbius, BDI
T: 030 2028-1629
b.moebius@bdi.eu

Ausschuss Öffentliches Auftragswesen

Vorsitzender: Bernd Euler, Kaufmännischer Vorstand
Siemens AG
GF Niels Lau, BDI
T: 030 2028-1401
n.lau@bdi.eu

Rechtsausschuss

Vorsitzender des Ausschusses:
Dr. Eckart Sünner, Chief Compliance Officer
BASF SE
GF Dr. Heiko Willems, BDI
T: 030 2028-1436
h.willems@bdi.eu

Sonderausschuss für Gewerblichen Rechtsschutz

Vorsitzender: Dr. Lothar Steiling
Bayer AG
GF Dr. Heiko Willems, BDI
T: 030 2028-1436
h.willems@bdi.eu

Ausschuss Rohstoffpolitik

Vorsitzender: Ulrich Grillo, Vorsitzender des Vorstands
Grillo-Werke AG
GF Dr. Carsten Rolle, BDI
T: 030 2028-1595
c.rolle@bdi.eu

Ausschuss für Sicherheitsfragen

Vorsitzender: Jens Puls, Leiter Konzernsicherheit
Deutsche Bahn AG
GF Wolfgang Kalähne, Flottillenadmiral a.D., BDI
T: 030 2028-1638
w.kalaehne@bdi.eu

Steuerausschuss

Vorsitzender: Bernd Jonas, Generalbevollmächtigter Steuern und Zoll
ThyssenKrupp AG
GF Berthold Welling, BDI
T: 030 2028-1507
b.welling@bdi.eu

Ausschuss für Umwelt und Technik

Vorsitzender: Dr. Wolfgang G. Schneider, Vice President
Legal, Governmental and Environmental Affairs
Ford of Europe
GF Dr. Thomas Holtmann, BDI
T: 030 2028-1550
t.holtmann@bdi.eu

Verkehrsausschuss

Vorsitzender: Matthias Wissmann, Präsident
Verband der Automobilindustrie e. V.
GF Dr. Ben Möbius, BDI
T: 030 2028-1629
b.moebius@bdi.eu

Versicherungsausschuss

Vorsitzender: Harry Daugird, Vorsitzender der Geschäftsführung
KOMPOSIT Risikoberatungs- und Versicherungsvermittlungs GmbH
GF Dr. Heiko Willems, BDI
T: 030 2028-1436
h.willems@bdi.eu

Ausschuss Verteidigungswirtschaft

Vorsitzender: Friedrich Lürßen, Sprecher der Geschäftsführung
Fr. Lürssen Werft GmbH & Co. KG
GF Wolfgang Kalähne, Flottillenadmiral a.D., BDI
T: 030 2028-1638
w.kalaehne@bdi.eu

Ausschuss für Wettbewerbsordnung

Vorsitzender: Ulrich Galladé, Vorsitzender der Geschäftsführung
Galladé GmbH
GF Niels Lau, BDI
T: 030 2028-1401
n.lau@bdi.eu

Gemeinsame Ausschüsse mit der BDA

Ausschuss Bildung, Berufliche Bildung

Vorsitzender: Dr. Gerhard F. Braun, Geschäftsführender Gesellschafter
Karl Otto Braun GmbH & Co. KG
Kontakt im BDI:
Dr. Heinrich Höfer, BDI
T: 030 2028-1409
h.hoefer@bdi.eu

Ausschuss für Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik

Vorsitzender: Dr. Dr. Andreas Barner, Sprecher der Unternehmensleitung
Boehringer Ingelheim GmbH
GF Dr. Heinrich Höfer, BDI
T: 030 2028-1409
h.hoefer@bdi.eu

Mittelstandsausschuss

Vorsitzender: Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender der Geschäftsführung
KIRCHHOFF Automotive GmbH
GF Josef Düren, BDI
T: 030 2028-1413
j.dueren@bdi.eu

Ausschuss für Statistik

Vorsitzender: Dr. Thomas Geer
GF Dr. Hans-Joachim Haß, BDI
T: 030 2028-1594
h.hass@bdi.eu

GF = Geschäftsführer

BDI-Regionalinitiativen

Die Regionalinitiativen sind ein Zusammenschluss der außenwirtschaftlich engagierten Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und der Ländervereine. Der BDI setzt sich hier für eine Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen mit Wachstumsmärkten ein: Asien-Pazifik, Osteuropa, Zentralasien, Nordafrika, Mittelost, Lateinamerika und südliches Afrika.



**Asien-Pazifik-Ausschuss
der Deutschen Wirtschaft (APA)**
Vorsitzender: Dr. Jürgen
Hambrecht, Vorsitzender
des Vorstands
BASF Aktiengesellschaft

Kontakt
APA-Koordinator
Deutschland
Friedolin Strack, BDI
T: 030 2028-1423
f.strack@bdi.eu



**Nordafrika Mittelost Initiative
der Deutschen Wirtschaft (NMI)**
Vorsitzender: Dr. Matthias
Mitscherlich, Vorsitzender
des Vorstands
MAN Ferrostaal AG

Kontakt
Steffen Behm
T: 030 2028-1521
s.behm@bdi.eu



**Ost-Ausschuss der Deutschen
Wirtschaft**
Vorsitzender: Prof. Dr. Klaus
Mangold

Kontakt
Prof. Dr. Rainer Lindner
T: 030 2028-1440
r.lindner@bdi.eu



**Südliches Afrika Initiative
der Deutschen Wirtschaft
(SAFRI)**
Vorsitzender: Prof. Dr. h.c.
Jürgen E. Schrempp

Kontakt
Steffen Behm
T: 030 2028-1521
s.behm@bdi.eu



**Japan-Initiative der
Deutschen Wirtschaft**
Dr. Dr. Peter Bettermann,
Sprecher der Unternehmens-
leitung, persönlich haftender
Gesellschafter
Freudenberg & Co. Kommandit-
gesellschaft

Kontakt
Johanna Resch
T: 030 2028-1522
j.resch@bdi.eu

**Lateinamerika-Initiative
der Deutschen Wirtschaft (LAI)**
Vorsitzender: Ludwig Georg
Braun, Präsident des DIHK

Kontakt
Hendrik Hartenstein, BDI
T: 030 2028-1499
h.hartenstein@bdi.eu

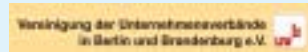
BDI-Landesvertretungen

Der BDI vertritt die Interessen der deutschen Industrie und industrienahe Dienstleister auf bundespolitischer wie internationaler Ebene. In einem föderativen Staat wie der Bundesrepublik ist auch die Interessenvertretung auf Landesebene von großer Bedeutung. Mit seinen Landesvertretungen ist der BDI in allen 16 Bundesländern vertreten.



Baden-Württemberg
Landesverband der Baden-
Württembergischen Industrie
e. V. Stuttgart
Gerhard-Koch-Str. 2-4
73760 Ostfildern
T: 0711 32732-50
F: 0711 32732-569
www.lwi.de

Vorsitzender:
Dr. Hans-Eberhard
Koch, Geschäftsführer/
Gesellschafter Witzenmann
GmbH
Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied:
Wolfgang Wolf



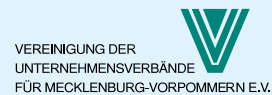
Berlin und Brandenburg
Vereinigung der Unternehmens-
verbände in Berlin und
Brandenburg e. V. (UVB)
Am Schillertheater 2
10625 Berlin
T: 030 31005-0
F: 030 31005-166
www.uvb-online.de

Präsident: Burkhard Ischler,
Leiter Berliner Büro
Siemens AG
Hauptgeschäftsführung:
Christian Amsinck



Hamburg
IVH – Industrieverband
Hamburg e. V.
Haus der Wirtschaft
Kapstadtring 10
22297 Hamburg
T: 040 6378-4100
F: 040 6378-4199
info@bdi-hamburg.de
www.bdi-hamburg.de

Vorsitzender: Frank Horch,
Mitglied der Geschäftsführung
Blohm + Voss Shipyards &
Services GmbH
Geschäftsführung:
Hubert Grimm,
Michael Thomas Fröhlich



Mecklenburg-Vorpommern
Vereinigung der Unternehmens-
verbände für Mecklenburg-Vor-
pommern e. V.
Graf-Schack-Allee 10
19053 Schwerin
T: 0385 6356-100
F: 0385 6356-151
info@vumv.de
www.vumv.de

Präsident: Hans-Dieter Bremer,
Geschäftsführer
Beton-Service Wittenburg
Geschäftsführung:
Dr. Thomas Klischan



Bayern
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.
Max-Joseph-Str. 5
80333 München
T: 089 55178-101
F: 089 55178-106
www.vbw-bayern.de

Präsident: Dipl.-Phys. Randolf
Rodenstock, Geschäftsführen-
der Gesellschafter
Optische Werke G. Rodenstock
GmbH & Co. KG
Hauptgeschäftsführung:
Bertram Brossardt



Bremen
Die Unternehmensverbände
im Lande Bremen e. V.
Schillerstr. 10
28195 Bremen
T: 0421 36802-0
F: 0421 36802-49
obaum@uvhb.de
www.uvhb.de

Präsident: Ingo Kramer,
Geschäftsführender Gesell-
schafter
J. H. Kramer Holding
Hauptgeschäftsführung:
Cornelius Neumann-Redlin



Hessen
Vereinigung der hessischen
Unternehmerverbände e. V.
Emil-von-Behring-Str. 4
60439 Frankfurt
T: 069 95808-220
F: 069 95808-225
klippold@vhu.de
www.vhu.de

Präsident: Prof. Dieter
Weidemann
Hauptgeschäftsführung:
Volker Fasbender



Niedersachsen
Unternehmerverbände
Niedersachsen e. V.
Schiffgraben 36
30175 Hannover
T: 0511 8505-243
F: 0511 8505-268
uwn@uwn-online.de
www.uwn-online.de

Präsident: Werner Michael
Bahlsen
Hauptgeschäftsführung:
Dr. Volker Müller



Nordrhein-Westfalen
Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstr. 65
40237 Düsseldorf
T: 0211 6707-870
F: 0211 6707-878
www.stahl-online.de

Präsident und Hauptgeschäftsführung:
Hans Jürgen Kerkhoff



Vereinigung der Saarländischen
Unternehmensverbände e.V.

Saarland
Vereinigung der Saarländischen
Unternehmensverbände e. V.
(VSU)
Harthweg 15
66119 Saarbrücken
T: 0681 95434-0
F: 0681 95434-74
kontakt@vsu.de
www.vsu.de

Präsident: Georg Weisweiler
Hauptgeschäftsführung:
Joachim Malter



Sachsen-Anhalt
Arbeitgeber- und Wirtschafts-
verbände Sachsen-Anhalt e. V.
(AWSA)
Humboldtstr. 14
39112 Magdeburg
T: 0391 62888-0
F: 0391 62888-10
info@aw-sa.de
www.aw-sa.de

Präsident: Klemens Gutmann,
Geschäftsführer
regio.com GmbH
Geschäftsführung:
Dirk-Thomas Pontow



Thüringen
Verband der Wirtschaft
Thüringens e. V.
Lossiusstr. 1
99094 Erfurt
T: 0361 6759-0
F: 0361 6759-222
info@vwt.de
www.vwt.de

Präsident: Wolfgang Zahn,
Geschäftsführer
Robert Bosch Fahrzeugelektrik
Eisenach
Hauptgeschäftsführung:
Stephan Fauth



LANDESVEREINIGUNG
Unternehmerverbände
RHEINLAND-PFALZ

Rheinland-Pfalz
Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz
Hindenburgstr. 32
55118 Mainz
T: 06131 5575-0
F: 06131 5575-39
contact@lvu.de
www.lvu.de

Präsident: Dr. Gerhard F. Braun,
Geschäftsführender Gesell-
schafter
Fa. Karl Otto Braun KG
Hauptgeschäftsführung:
Werner Simon



Sachsen
Vereinigung der Sächsischen
Wirtschaft e. V. (VSW)
Washingtonstr. 16/16 A
01139 Dresden
T: 0351 25593-0
F: 0351 25593-78
vsu@hsw-mail.de
www.vsw-direkt.de

Präsident: Bodo Finger,
Geschäftsführender
Gesellschafter
Chemnitzer Zahnradfabrik
GmbH & Co. KG
Hauptgeschäftsführung:
Dr. Andreas Winkler



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein
UVNord Vereinigung der Unter-
nehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-
Holstein e. V.
Haus der Wirtschaft
Kapstadtring 10
22297 Hamburg
T: 040 6378-5120
F: 040 6378-5151

Präsident: Prof. Dr. Hans
Heinrich Driftmann,
Persönlich haftender und
geschäftsführender
Gesellschafter
Peter Kölln KGaA
Hauptgeschäftsführung:
Michael Thomas Fröhlich

BDI-Partner

Deutschland – Land der Ideen

Die gemeinsame Standortinitiative von Bundesregierung und deutscher Wirtschaft, vertreten durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Horst Köhler, hat zum Ziel im In- und Ausland ein zeitgemäßes Deutschlandbild zu vermitteln und die Stärken des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland zu betonen. So präsentieren verschiedene Partner in der dreijährigen Veranstaltungsreihe »Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung« Deutschland in seiner kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Vielfalt in Chinas Städten und Provinzen. Der Wettbewerb »365 Orte im Land der Ideen« stellt mit den »Ausgewählten Orten« neben Ideenvielfalt und Kreativität auch das Engagement der Menschen in Deutschland unter Beweis.

www.land-der-ideen.de

econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise unterstreicht einmal mehr die Bedeutung des Themas von econsense: Nachhaltigkeit. Auch in 2008 hat das Forum die Unternehmensverantwortung für eine nachhaltige Entwicklung in vielen Facetten diskutiert – zu den Themen gehörten z. B. demografischer Wandel, Klimaschutz, Herausforderungen im Nachhaltigkeitsmanagement und die Rolle nicht-finanzieller Leistungsindikatoren in der Unternehmensbewertung. Für große Resonanz sorgte die Demographic Risk Map (www.demographic-risk-map.eu), die Unternehmen dabei hilft, demografische Veränderungen in ihren Strategien zu berücksichtigen. Mit dem Internet-Portal www.klimatech-atlas.de hat econsense ein Nachschlagewerk ins Leben gerufen, das wichtige Technologien und Innovationen zum Klimaschutz leicht verständlich erklärt und in 2009 mit der BDI-Klimainitiative ausgebaut wird.

www.econsense.de

Förderkreis der Deutschen Industrie e.V.

Der Förderkreis der Deutschen Industrie hat es sich seit seiner Gründung 1974 zur Aufgabe gemacht, Organisationen, die das Verständnis für wirtschaftliche und industrielle Zusammenhänge fördern, zu unterstützen. Rund 100 Unternehmen und persönliche Mitglieder haben sich im Förderkreis zusammengeschlossen, um wichtige Gemeinschaftsprojekte von gesamtindustrieller Bedeutung zu ermöglichen. Im Jahr 2008 hat der Förderkreis dem BDI, dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW), dem Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie der Gesellschaft zur Förderung des

Unternehmensnachwuchses Zuwendungen für die Durchführung von Projekten und Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Das nachhaltige Ziel des Förderkreises, die Rahmenbedingungen für die Industrie am Standort Deutschland zu verbessern, wird auch die Arbeit des Jahres 2009 kennzeichnen.

forum vergabe

forum vergabe wurde 1993 gegründet. Gegenwärtig hat forum vergabe über 400 Mitglieder aus Organisationen, Verbänden und Unternehmen – vorwiegend aus Deutschland, aber auch aus Österreich und der Schweiz. forum vergabe möchte vor allem den Informations-, Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu allen aktuellen Themen des nationalen und internationalen öffentlichen Beschaffungswesens fördern. Es bietet Orientierung in der ständig komplizierter werdenden Welt des Vergabewesens und des Vergaberechts.

www.forum-vergabe.de

Industrie-Pensions-Verein e. V. (IPV)

Der Industrie-Pensions-Verein ist ein starker Partner für Verbände und Unternehmen bei der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Seit 2007 hat der IPV auch die private Krankenversicherung in sein Tätigkeitsfeld integriert. Vor Ort informieren die IPV-Mitarbeiter in Verbands- und Unternehmerforen über aktuelle Themen aus dem Bereich der Versorgung.

www.ipv.de

Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI e. V.

Der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im BDI e. V. fördert überregional, unabhängig und gattungsübergreifend Kunst und Kultur. Als Interessenvertretung der unternehmerischen Kulturförderung umfasst er über 400 Mitglieder – darunter namhafte Unternehmen und Unternehmerpersönlichkeiten. Er versteht sich zudem als Sprachrohr für Künstler, Kulturschaffende, Kulturfördernde und für die Kulturwirtschaft. Darüber hinaus berät der Kulturkreis der deutschen Wirtschaft seine Mitglieder in Kultursponsoring, in kultureller Bildung für Nachwuchsführungskräfte und auswärtiger Kultur.

www.kulturkreis.eu

BDI interaktiv

Die BDI-Helpdesks bieten eine zusätzliche Dienstleistung für Mitgliedsverbände und Unternehmen. Sie vermitteln praktische Hilfestellungen und aktuelle Informationen. Die Helpdesks stehen beratend zur Verfügung, wenn es um die praktische Umsetzung neuer Gesetze geht. Das Informationsangebot wird laufend aktualisiert.

BDI-Helpdesks – eine Praxisunterstützung

Die BDI-Helpdesks sind ein Service für Mitgliedsverbände und Unternehmen. Sie unterstützen bei der Umsetzung neuer und komplexer Gesetzesvorgaben.

BDI-Helpdesk Arbeitsschutz

Die zunehmende Regelungsdichte im Arbeitsschutz stellt Unternehmen vor immer größere organisatorische Herausforderungen. Der BDI-Helpdesk Arbeitsschutz stellt kompakt die wesentlichen Pflichten im technischen Arbeitsschutz dar. Dazu finden Unternehmen umfassende Informationen zu rechtlichen Grundlagen, zuständigen Institutionen und aktuellen BDI-Aktivitäten. Die Expertise erwächst aus der täglichen Arbeit der Arbeitsschutzexperten in den zuständigen BDI-Gremien.

<http://arbeitsschutz.bdi.info>

BDI-Helpdesk REACH

Die europäische Industrie hat mit REACH (Registrierung, Evaluierung, Beschränkung und Zulassung von Stoffen) nach wie vor das größte umweltpolitische Gesetzeswerk zu bewältigen, das die EU in den vergangenen 20 Jahren auf den Weg gebracht hat. Die am 1. Juni 2007 in weiten Teilen in Kraft getretene REACH-Verordnung regelt den Umgang mit chemischen Stoffen umfassend neu. Am 1. Juni 2008 haben die eigentlichen Registrierpflichten begonnen. In der Zeit vom 1. Juni bis 1. Dezember 2008 wurden insgesamt 144 854 Stoffe vorregistriert. 65 000 Unternehmen haben sich angemeldet, davon 8 669 deutsche. Insgesamt erfolgten rund 2,2 Millionen Vorregistrierungen. Als besonders problematisch erwies sich dabei, dass die einzig zulässige elektronische Datenübermittlung zeitweise nicht einwandfrei funktionierte. Für einige Unternehmen kam erschwerend hinzu, dass dieses Instrument nur in Englisch zur Verfügung steht. Der BDI unterstützt die Unternehmen auch weiterhin mit seinem Helpdesk REACH bei der Implementierung von REACH.

<http://reach.bdi.info>

Daniel Andrich, Barbara Armbruster, Dr. Bernd Atenstaedt, Steffen Behm, Cornelia Berg, Birgit Biele, Miriam Bodamer, Ulrike Bongartz, Carolin Boßmeyer, Sandra Böttcher, Beate Breidbach, Mika Bro, Valerie Daldrup, Carola Daniel-Braun, Angelika Diehlmann, Angelika Dinkelmeier, Bernd Dittmann, Andrea Dittmar, Volker Doert, Gitta Döring, Josef Düren, Britt-Marie Dunn, Johanna Ebbing, Marie-Luise Eul, Thomas Fabian, Dr. Antje Fellingner, Ute Feske, Antje Fiehn, Cynthia Foly, Petra Förstner, Roland Franke, Dr. Stephan Frucht, Gudrun Gehring-Handeck, Andrea-Cornelia Gerloff, Annette Giersch, Regina Gläser, Irina Glatzel, Gunnar Goldmann, Jelena Granovskaja, Ingken Grosse, Martina Grosse, Sidonie Günther, Alina Gumpert, Thomas Habisch, René Hagemann-Miksits, Hendrik Hartenstein, Simone Hartlieb, Ischa-Monika Harzog, Dr. Hans-Joachim Haß, Peggy Haus, Christel Heckmann, Dr. Joachim Hein, Wolfgang Heller, Bärbel Herbst, Michael Herzog, Evelin Hildenbrand, Sigrid Hintzen, Dr. Heinrich Höfer, Dr. Martin Hoffmann, Ulrich Hoffrichter, Dr. Thomas Holtmann, Franz Huber, Nils Hubert, Thomas Hüne, Brigitte Huth, Sabine Jäckel, Solveigh Jäger, Elisa Jäkel, Jan Jost, Stefan Kägebein, Wolfgang Kalähne, Michael Kandora, Margit Karpe, Kathrin Kasperkiewicz, Axel Kauer, Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel, Hans-Joachim Kemper, Franz-Josef von Kempis, Dr. Alexander Kessler, Eduard Kinsbruner, Deborah Josefine Klein, Krysia Klemme, Karsten Klotz, Uta Knott, Janett Koch, Thomas Koenen, Peggy Kohls, Stephan Kollmeier, Manja Korbella, Matthias Krämer, Annett Krausch, Monique Kreißl, Dr. Carsten Kreklau, Dr. Reinhard Kudiß, Dr. Beatrice Kühne, Karen Kümpel, Petra Küntzel, Monika Langhals, Niels Lau, Sabine Lembke-Kroll, Katrin León, Karsten Lepper, Prof. Dr. Rainer Lindner, Dr. Michael Littger, Marianne Lönne, Holger Lösch, Christiane Marhoum, Rolf Marks, Axel Mehldau, Diana Meister, Claudia Melcher, Andreas Metz, Timm Meyer, Alexander Klaus Mihm, Katja Mittag, Dr. Ben

Möbius, Dr. Karen Möhlenkamp, Stefanie Mönikes, Wolfgang Mülkens, Ali-na Müller, Annerose Müller, Ute Müller, Anja Mundt, Corinna Neumann, Judith Nikolay, Bernhard Obladen, Jacqueline Oppermann, Christel Osti, Ivor Parvanov, Christine Pecher, Rotraut Peschel, Dr. Tim Ulrich Peters, Iris Plöger, Uta Poenicke, Julia Quartier, Anja Quiring, Marion Rawlik, Friede-rike von Reden, Johanna Eleonore Reindl, Heike Reinke, Johanna Resch, Dr. Ralf Retter, Astrid Richter, Frederick Alexander Richter, Petra Richter, Dr. Carsten Rolle, Nadine Rossmann, Cécile Rostan-Bukovc, Antonia Ruder, Gerlinde Sauer, Dr. Peter-Wilhelm Schäfer, Dagmar Schällicke, Dr. Kurt-Christian Scheel, Nikolas Schelling, Catrin Schiffer, Dr. Svenja Schlichting, Christoph Schlüter, Dr. Uwe Schmidt, Matthias Schmidt-Gerds, Jacqueline Schmidtke, Katharina Schmidt-Narischkin, Katrin Schmitz, Dr. Werner Schnappauf, Matthias Schneider, Oliver Schollmeyer, Bärbel Schölzke, Friederike Schönhuth, Martin Schröder, Dr. Christiane Schuchart, Dr. Juri Schudrowitz, Stefanie Schulke, Kerstin Schulz, Renate Seber, Christoph Seemann, Dr. Sebastian Seidel, Annette Selter, Marc Senger, Dr. Markus Seumer, Benedikt Simon, Caterine Sonnenberg, Julia Sotiriu, Wilko Specht, Dr. Christoph Sprich, Martina Stabel, Thomas Stammen, Marion Staub, Monique Stender, Heike Stenzel, Ulrike Stoll, Friedolin Strack, Dr. Gregor Strauch, Dr. Ulrike Suchsland-Maser, Tanja Szczepanski, Yasmin Tobol, Matthias Christian Toepfer, Mandy Trenkel, Carola Trivisonno, Elke Trop-penz, Jana Tschernig, Eckart von Unger, Karsten Gerald Voigt, Matthias Johannes Wachter, Petra Waga, Birgit Wagner, Sonja Wanjek, Dr. Carsten Wehmeyer, Fabian Wehnert, Berthold Welling, Bernhard Welschke, Daniela Werner, Regina Wicklein, Oliver Wieck, Dr. Mark von Wietersheim, Dr. Olga Wilde, Dr. Heiko Willems, Heike Wilms, Anke Winkler, Dr. Jobst-Hinrich Wiskow, Maja Witte, Dr. Claudia Wörmann, Dr. Monika Wünnemann, Dr. Angelika Zacher, Angela Zake, Anke Zimdars, Sigrid Zirbel. **WIR.**

Impressum

BDI-Drucksache Nr. 420
ISSN 0948-907x

Herausgeber:

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29
D-10178 Berlin
T: 030 2028-0
www.bdi.eu

Realisation:

Uta Knott, Manja Korbella,
Dr. Markus Seumer,
Dr. Jobst-Hinrich Wiskow

Redaktionsschluss:

13. Februar 2009

Verlag:

Industrie-Förderung GmbH, Berlin

Fotos:

S. 3 – BDI/Kruppa
S. 12 – © plainpicture/Bernhard Schmerl
S. 14 – fotohansi@www.fotolia.de
S. 16 – Stockbyte/F1 online
S. 18 – © plainpicture/Fancy © Veer Inc.
S. 20 – IvanaStarcevic@www.fotolia.de

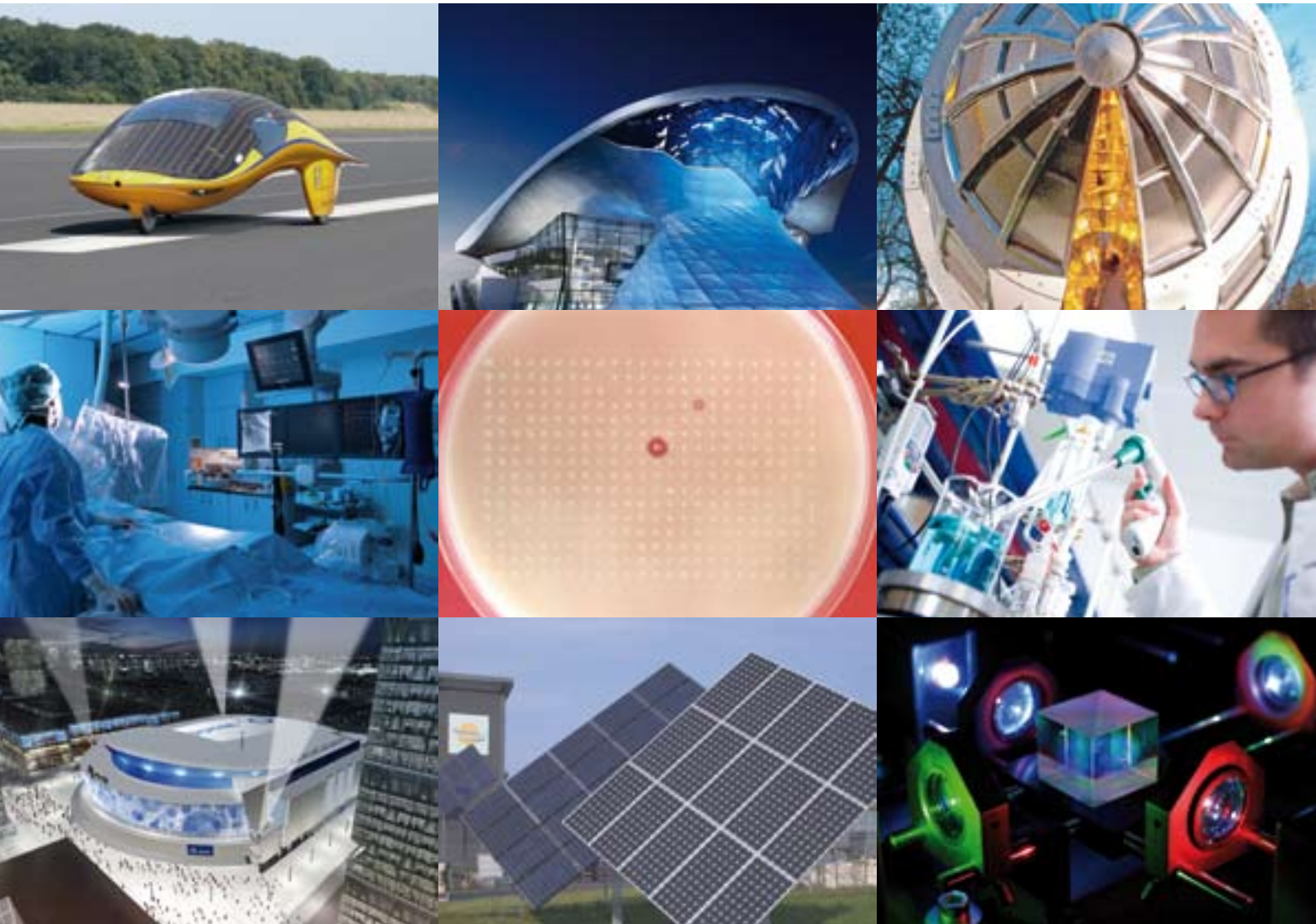
Gestaltungskonzept:

Factor Design
www.factor-design.com

Layout und Druck:

DCM Druck Center Meckenheim GmbH
www.druckcenter.de

Deutschland – stark durch Innovation.



Engagierte Unternehmen und kontinuierliche Forschung schaffen in Deutschland ein Klima, in dem Menschen aus Ideen Innovationen für die Welt entwickeln. Innovationen und das Gütesiegel Made in Germany sind bewährte Stärken des Wirtschaftsstandortes Deutschland und garantieren langfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft tragen dazu bei, Innovationskraft und technischen Fortschritt voranzutreiben, um den Wohlstand und die Zukunft unserer Gesellschaft nachhaltig zu sichern. Gerade in Zeiten großer Herausforderungen gilt es, sich auf diese Stärken zu besinnen und sie intensiv zu fördern, damit es auch in Zukunft heißt: Deutschland – Land der Ideen.